



**WerkStadt für
Beteiligung**
Potsdam mitgestalten



Potsdam mitgestalten: Modellprojekt Strukturierte Bürgerbeteiligung

1. Jahresbericht (2014)

An orange square graphic element.

Potsdam mitgestalten: Modellprojekt Strukturierte Bürgerbeteiligung

1. Jahresbericht (2014)

Impressum

Landeshauptstadt Potsdam ©
Der Oberbürgermeister
WerkStadt für Beteiligung

mitMachen e.V.
WerkStadt für Beteiligung
Potsdam, 2015

Layout: Landeshauptstadt Potsdam / Vivien Taschner
Satz: Kati Schiemann

Bildnachweis

Titelbild: Landeshauptstadt Potsdam © / Barbara Plate
Landeshauptstadt Potsdam / Michael Lüder (3) / Barbara Plate (2) /
Frank Daenzer (1) / Johanna Bergmann (1) / Harald Hirsch (1)

Inhalt

Impressum	2
Bildnachweis	2
Potsdam mitgestalten	4
Vorwort des mitMachen e.V.	6
Für Eilige	8
WerkStadt für Beteiligung	11
Das erste Jahr im Zeitraffer	12
Welche Themen uns im ersten Jahr beschäftigten	14
Ein neuer Name: WerkStadt für Beteiligung	17
Ausblick auf 2015	18
Beteiligungsprozesse	20
Beteiligungsrat	29
Jahresrückblick 2014	30
Selbstverständnis, Ziele und Aufgaben des Beteiligungsrates	30
Beratung und Mitwirkung – der Beteiligungsrat als Partner	32
Herausforderungen und Aufgaben des Beteiligungsrates im Jahr 2015	34
Evaluation	39
Kurzfazit zur „WerkStadt für Beteiligung“	40
Kurzfazit zum Beteiligungsrat	42
Anhang	44
Grundsätze der Beteiligung in Potsdam	44
Steckbriefe der Beteiligungsprozesse	45
Kontakt und Team	92

Potsdam mitgestalten

Sehr geehrte Potsdamerinnen und Potsdamer,

es freut mich sehr, Ihnen mit der vorliegenden Broschüre den 1. Jahresbericht des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ übergeben zu können.

Dieses ist zunächst auf drei Jahre angelegt und fußt auf drei Säulen: den Grundsätzen der Beteiligung, dem Beteiligungsrat und der WerkStadt für Beteiligung (vormals: Büro für Bürgerbeteiligung). Diese Säulen und ihr Zusammenspiel werden über die ganze Laufzeit des Modellprojekts vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) begleitend ausgewertet. Dementsprechend ist der vorliegende Bericht in drei Abschnitte gegliedert, in denen WerkStadt, Beteiligungsrat und DIfU jeweils ihre eigene Sicht auf die bisherige Entwicklung des Modellprojekts wiedergeben.

Soviel sei an dieser Stelle bereits verraten: Wie es bei einem bundesweit einzigartigen Pilotprojekt wenig verwundert, war das erste Jahr stark vom Aufbau, der Schaffung von Arbeitsstrukturen, kurzum dem Erwerb einer „Erstausrüstung“ für diesen jüngsten Spross Potsdams geprägt. Und wie für jedes Kind, das Laufen lernt, gilt: die ersten Schritte sind die schwersten – aber auch die reizvollsten. An dieser Stelle soll keinesfalls unterschlagen werden, dass das Modellprojekt von vielen Müttern und Vätern großgezogen wurde. Das von mir 2011 angestoßene erste Papier zur Weiterentwicklung von Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner Potsdams, bildete nur den Kern, der von vielen hundert engagierten Potsdamerinnen und Potsdamern bedeutend weiter entwickelt wurde. Sei es bei der Open-Space Konferenz im Bürgerhaus Schlaatz im Herbst 2011 oder in dem fast ein Jahr regelmäßig tagenden vorläufigen Beteiligungsrat. Sie alle haben dazu beigetragen, dass das Modellprojekt in seiner heutigen Form „laufen“ kann. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken!

Jann Jakobs



Vorwort des mitMachen e.V.

Als externer Teil der WerkStadt für Beteiligung ist unser Blick insbesondere auf Verfahren gerichtet, die von Einwohnerinnen und Einwohnern selbst angestoßen werden. Es gehört zu unserem Auftrag, darauf zu achten, dass Beteiligung für Alle fair und gleichberechtigt verläuft, so dass sie ein fester Bestandteil von Entscheidungsprozessen in der Landeshauptstadt werden kann. Unser Anspruch ist dann gescheitert, wenn Beteiligung lediglich dazu dient, Einwohnerinnen und Einwohner an zuvor gefällte Entscheidungen „anzupassen“. Wir begrüßen, dass die Landeshauptstadt Potsdam ein Konzept verabschiedet hat, in dem die Beteiligung grundsätzlich ergebnisoffen geführt wird, was gerade in einer Stadt wie Potsdam mit seinen Kontroversen und unterschiedlichen Interessen eine Voraussetzung für das Gelingen einer Beteiligungskultur ist.

Hinsichtlich des Aufbaus der WerkStadt konnte im zurückliegenden Jahr ein riesiger Sprung vollzogen werden, der sich darin ausdrückt, dass die WerkStadt bei den aktiven Initiativen sowie den Fachbereichen der Verwaltung inzwischen weitgehend bekannt und anerkannt ist, wie der in diesem Bericht zusammengefassten Evaluationen des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) zu entnehmen ist. Den Initiativen, aber auch der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen, bieten wir als Kompetenzzentrum unsere Unterstützung, Beratung und Begleitung an. Die Projektsteckbriefe in diesem Bericht sollen Ihnen einen Einblick in diese Arbeit vermitteln.

Zu einem Modellprojekt gehört es auch, dass weiterhin offene Fragen zu klären sind, die in diesem Bericht angesprochen werden. Wir sind sicher, dass wir im Dialog mit Stadtverordnetenversammlung, Verwaltung und Zivilgesellschaft weiterhin vorankommen werden: Wie grenzt sich zum Beispiel die Tätigkeit der WerkStadt von den Agenturen ab, die im Auftrag der Verwaltung Beteiligungsverfahren organisieren? Worin unterscheiden sich die Aufgaben des verwaltungsinternen vom zivilgesellschaftlichen Teil der WerkStadt für Beteiligung? Welche Aufgaben übernimmt der Beteiligungsrat?

Der Vorstand des mitMachen e.V. unterstützt das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ in seinem Selbstverständnis als Anwalt des Prozesses. Dabei gehört es eben auch zu unserer Arbeit, Initiativen zu unterstützen, die sich in manchen Fällen gegen den Willen der Rathauspitze und auch einer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung richten, was nicht immer ohne Konflikte bleibt. In Potsdam haben wir die Spannungen live erlebt. Im vergangenen Jahr hat etwa die Initiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ innerhalb kurzer Zeit Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt – ein beeindruckendes Beispiel einer aktiven Stadtgesellschaft. Die Sammlung der Unterschriften steht für ein Vertrauen in eine lernfähige Demokratie, die wir für eine Beteiligungskultur in Potsdam benötigen. In diesem Sinne hätten wir uns von allen Beteiligten ein Vorgehen gewünscht, dass dem klaren Wunsch eines großen Teils der Stadtgesellschaft nach Dialog, Beteiligung und in diesem Fall einem Bürgerentscheid nachgekommen wäre.

Damit noch mehr Einwohnerinnen und Einwohner von den Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Stadt erfahren, wollen wir in diesem Jahr die Internetpräsenz mit einem Beteiligungsatlas, einer Datenbank der Initiativen und anderen Angeboten ausbauen. Wir freuen uns dabei auf die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit allen Interessierten und Kooperationspartnerinnen und -partnern.

Der Vorstand des mitMachen e.V.

Das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ ist im Herbst 2013 an den Start gegangen. Beteiligungsrat und das zweigeteilte „Büro für Bürgerbeteiligung“ (nun: „WerkStadt für Beteiligung“) hatten seinerzeit ihre Arbeit aufgenommen. Nach nun etwas mehr als einem Jahr ist es an der Zeit, für einen ersten ausführlichen Zwischenbericht.

Hierzu stellen das „Büro für Bürgerbeteiligung“ und der Beteiligungsrat in jeweils eigenen Kapiteln ihre Sicht der Ereignisse dar. Auch die begleitende Evaluation des Deutschen Instituts für Urbanistik ist auszugsweise wiedergegeben.

Das Büro für Bürgerbeteiligung ist erfolgreich an den Start gegangen. Auch wenn die bundesweit einmalige Einrichtung, bestehend aus einer Verwaltungseinheit und einem in allen Belangen gleichberechtigten freien Träger, oft neuartige Lösungen und Wege erfordert, konnten diese Herausforderungen gut gemeistert werden. Die auf allen Seiten spürbare anfängliche Skepsis ist in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gemündet. Nicht zuletzt die „Grundsätze der Beteiligung“ helfen allen in einem Beteiligungsprozess Eingebundenen immer wieder, sich auf die von Potsdamerinnen und Potsdamern festgehaltenen Tugenden des fairen Umgangs miteinander zu besinnen.

Seit November 2013 konnten auf diese Weise bereits 22 Beteiligungsprozesse begleitet werden. Die Unterstützung reichte hierbei von einer bloß beobachtend-beratenden Tätigkeiten bis hin zum umfänglichen Entwurf eines mehrstufigen Beteiligungsprozesses in Abstimmung mit der Fachverwaltung. Wo unsere Kräfte und Möglichkeiten nicht ausreichten, halfen wir bei der Suche nach externer Unterstützung, beispielsweise durch Vermittlung einer erfahrenen Moderation und Prozessbegleitung.

Gemäß dem formulierten Auftrag, steht das Büro für Bürgerbeteiligung als vertrauensvolle Unterstützung für die Zivilgesellschaft ebenso zur Verfügung, wie der Verwaltung der Landeshauptstadt. Wo dies gewünscht wurde, unterstützten wir Initiativen dabei sich verhandlungsfähig zu machen. Wir vermittelten Kontakte zwischen Fachverwaltungen und Einwohnerinnen und Einwohnern. Stellen Räume her, in denen widerstreitenden Interessen „Kopf und Rücken“ frei hatten, um sich miteinander ganz an der Sache orientiert auseinanderzusetzen.

Auch die Themen die uns beschäftigten, sind so vielfältig wie Potsdam selbst. Die Kulturpolitik war ebenso Teil von Beteiligung wie die Verkehrsentwicklung. Das Thema Wohnen beschäftigt uns gleich mehrfach: Sei es bei der Unterstützung des Dialogs zwischen Initiativen von Mieterinnen und Mietern und dem kommunalen Wohnungsunternehmen ProPotsdam, oder bei der begleitenden Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Entwicklung eines wohnungspolitischen Konzepts. Auch das Thema Flüchtlingsunterbringung hat uns – wie die gesamte Stadt – immer wieder beschäftigt.

Zu jedem der von uns begleiteten Verfahren haben wir im Anhang dieses Jahresberichts einen kurzen Steckbrief angefertigt, in dem der Anlass, die Ziele und Zusammenhänge einer Beteiligung kurz und knapp nachzulesen sind.

Auch hinter dem Beteiligungsrat liegt ein arbeitsames und erfahrungsreiches Jahr. Zusammengesetzt aus neun ausgelosten Einwohnerinnen und Einwohnern sowie je zwei Personen aus Verwaltung und Politik. Zusätzlich konnte Prof. Dr. Heinz Kleger von der Universität Potsdam als Experte für den Beteiligungsrat gewonnen werden.

Es ist allerdings keine leichte Aufgabe für dieses Gremium, sich selbst zu finden. Zwar ist

es in einem ersten Schritt gelungen, bis zum Sommer 2014 eine gemeinsame Geschäftsordnung zu erarbeiten. Die damit beantwortete Frage nach dem Wie der Zusammenarbeit, war dabei aber noch keine hinreichende Antwort darauf, zu welchen Aufgaben man arbeiten möchte. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die konkrete Aufgabe und Rolle des Beteiligungsrates bisher nur in groben Zügen festgelegt wurden. Diese Offenheit ist für ein überwiegend ehrenamtliches Gremium bisweilen belastend, stellt zugleich aber eine große Chance zur Gestaltung dar.

Fester Bestandteil des Modellprojekts ist auch die begleitende Evaluation durch das Deutsche Institut für Urbanistik. Das von Frau Dr. Stephanie Bock und Frau Dr. Bettina Reimann entwickelte Auswertungsmodell gibt Büro und Beteiligungsrat in entsprechenden Arbeitsgruppensitzungen die Möglichkeit, sich sehr zeitnah mit den jeweils auftauchenden Problemen des Modellprojekts zu beschäftigen. Die Evaluation ist somit weit mehr, als der bloße Versuch einer nachträglichen Auswertung des Geschehenen. Sie liefert bereits auf dem Weg wertvolle Hinweise, wie mit den verschiedenen Herausforderungen gewinnbringend umgegangen werden kann. Das Ziel dieses Jahresberichts ist es zunächst, einen Überblick zum Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ selbst zu geben. Wir werden den Bericht jährlich fortschreiben und wollen ihn inhaltlich zukünftig nach und nach zu einem Sachstandsbericht über Beteiligung in Potsdam weiterentwickeln. Wir hoffen mit dem vorliegenden Bericht einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen zu haben.



WerkStadt für Beteiligung

Die „WerkStadt für Beteiligung“ (vormals: „Büro für Bürgerbeteiligung“) wirkt als Fach- und Schnittstelle für Beteiligung in Potsdam. Gemeinsam und gleichberechtigt getragen von der Landeshauptstadt Potsdam und dem freien Träger mitMachen e.V. ist es ihre Aufgabe, bei der Planung, Durchführung und Rechenschaft von Beteiligung zu begleiten, zu unterstützen und zu beraten.

Sie wirkt dabei nicht allein in die Verwaltung, sondern versteht sich im gleichen Maße als Partnerin für alle interessierten Gruppen, Initiativen und Vereine in der Stadtgesellschaft. Neben der Unterstützung von Beteiligungsprozessen entwickelt die WerkStadt Vorschläge, wie Beteiligung in Potsdam insgesamt entwickelt, vertieft und besser verankert werden kann.

Das erste Jahr im Zeitraffer

Vorbereitung und Aufbau

Das „Büro für Bürgerbeteiligung“ ging in mehreren Etappen an den Start. Der Verwaltungsmitarbeiter Sebastian Karnstaedt war bereits ab Sommer 2013 mit den Vorbereitungen des Modellprojekts befasst. So organisierte er die Berufung des Beteiligungsrates und die Ausschreibung für die Vergabe der freien Trägerschaft des Büros. Der ab dem 1. Juli 2013 offiziell bestehenden Verwaltungseinheit 929 „Büro für Bürgerbeteiligung“ gehörte er somit schon vom Beginn an.

Im September 2013 erfolgte der Zuschlag für die Vergabe der freien Trägerschaft des Büros. Die Träger Stadtteilnetzwerk Potsdam West, Stadtjugendring und Kubus gGmbH konnten sich gemeinsam mit ihrem überzeugenden Konzept gegen insgesamt fünf weitere Mitbewerber in der Ausschreibung durchsetzen.¹ Die Trägerschaft sollte dabei langfristig von dem noch zu gründenden mitMachen e.V. übernommen werden, die ursprüngliche Trägergemeinschaft nur für die ersten Monate als Organisationsrahmen dienen.

Der sich damals noch im Aufbau befindliche mitMachen e.V. nahm wie vereinbart im November 2013 seine Arbeit auf und bezog Büroräume im Künstler- und Atelierhaus „Scholle 51“ in der Geschwister-Scholl-Straße. Als Mitarbeitende wurden Kay-Uwe Kärsten, Katharina Tietz und Thomas Geisler gewonnen, in den ersten Monaten noch unterstützt von Daniel Zeller, dem Geschäftsführer des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West. Im Februar 2014 wurde mit Nils Jonas die zweite in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam vorgesehene Personalstelle für das Modellprojekt besetzt.

Die ersten Schritte

Die erste Jahreshälfte 2014 stand ganz unter dem Vorzeichen des Aufbaus unserer Arbeitsstrukturen. Zwar ist es grundsätzlich in Kommunen nichts ungewöhnliches, dass einzelne Aufgaben zur Erfüllung an Dritte vergeben werden. Die im Rahmen des Modellprojekts gewählte Struktur, eine gemeinsam und gleichberechtigt von Verwaltung und freiem Träger betriebene Einrichtung, ist hingegen neuartig. Auf dem Feld der Beteiligung gibt es in ganz Deutschland nichts Vergleichbares.

Ohne auf Vorbilder in Potsdam oder einer anderen Stadt zurückgreifen zu können, galt es zunächst, die vielen kleinen und großen Herausforderungen beim Aufbau zu bewältigen. Neben ganz praktischen Aufgaben, wie der Schaffung von Arbeitsstrukturen, waren zunächst Aufgaben und Rollen der beiden Teile des Büros noch klarer zu bestimmen. Ebenso war das Verhältnis zum Beteiligungsrat nicht eindeutig geklärt. Der mitMachen e.V. stand zudem noch vor der Herausforderung, seinen Gründungsprozess bis zum Sommer 2014 abzuschließen, um dann wie geplant, die Trägerschaft von der ursprünglichen Gemeinschaft übernehmen zu können.

Zugleich erreichten uns bereits kurz nach dem Start Einladungen zur Vorstellung des Modellprojekts auf verschiedenen Konferenzen sowie bereits die ersten Anfragen auf Beratung und Begleitung aus der Stadt.

¹ Das Konzept steht zum Herunterladen bereit unter: <https://potsdam.de/Beteiligung-Download>

Das Modellprojekt stellt sich vor

Dem Modellprojekt im Allgemeinen und der WerkStadt im Speziellen schlug von Beginn an viel Interesse entgegen. So erhielten wir eine ganze Reihe von Anfragen für Konferenzen und Tagungen. Das Potsdamer Modell stellten wir so beispielsweise bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Messe Moderner Staat in Berlin vor. Auch Delegationen aus Marokko, China und Kasachstan wollten auf ihren Deutschlandreisen mehr über das Modellprojekt erfahren. Bei Vorstellungstreffen im Frühjahr 2014 in den Geschäftsbereichen der Verwaltung, aber auch bei einem Vernetzungstreffen mit Initiativen war zu spüren, dass zu Beginn eine gewisse Unsicherheit darüber herrschte, wer wir sind und was von uns zu erwarten sei.

Wir gehen davon aus, dass wir in den folgenden Monaten durch unsere praktische Arbeit diese Zurückhaltung in den meisten Fällen überwinden konnten. Gleichwohl haben wir hier aber noch viel Arbeit zu leisten. Wir haben uns bei Weitem noch nicht bei allen Gruppen, Gremien, Initiativen, Beiräten, Netzwerken und so weiter persönlich vorgestellt und Kontakte geknüpft. Diese Aufgabe, sich zu vernetzen, auszutauschen und jenseits eines konkreten Anlasses miteinander zu sprechen, wird uns auch weiterhin begleiten.

Schlaglicht auf konkrete Prozesse

Bereits von Beginn an wurden an die WerkStadt Anfragen zur Begleitung von kleinen und großen Vorhaben herangetragen. War in den ersten Wochen und Monaten eher eine punktuelle Beratung von unserer Seite gefragt, stand bald auch die Planung und Gestaltung umfangreicherer Beteiligungsprozesse auf unserem Aufgabenplan.

Manche Anfragen erreichten uns leider sehr kurzfristig, so dass wir nicht immer den idealen, sondern vor allem den noch möglichen Weg zur größtmöglichen Beteiligung nehmen mussten. Einige wenige Anfragen mussten wir auch ablehnen, weil aus unserer Sicht der zu erwartende Prozess den Grundsätzen für Beteiligung nicht gerecht geworden wäre. Aber auch das Gegenteil hatten wir zur Genüge: frühzeitige Anfragen, bei denen wir uns mit allen Beteiligten in aller Ruhe zusammensetzen konnten, um eine fruchtbare Beteiligung zu entwerfen.

Inhaltlich konnten wir uns mit einer großen Bandbreite an Themen beschäftigen. Schon sehr bald stand etwa die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen auf unserer Tagesordnung. Wir berieten hierbei den zuständigen Fachbereich bei der Organisation der Informationsveranstaltungen und vermittelten eine von außen kommende, neutrale Moderation. Am Stern halfen wir bei der Erarbeitung einer Umfrage zur Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem Zusammenleben und ihrem Stadtteil. Am Brauhausberg brachten wir auf Wunsch einer dort aktiven Initiative, Stadtgesellschaft und Verwaltung in einen Dialog zum dortigen Bebauungsplan zusammen. Das Thema Verkehr begegnete uns gleich mehrfach, sowohl bei der Beteiligung zur Fortschreibung des Radverkehrskonzepts als auch bei der Erarbeitung des Innenstadtverkehrskonzepts.

Da wir an dieser Stelle nur auszugsweise berichten können, haben wir zur besseren Übersicht „Steckbriefe“ für alle von uns begleiteten Beteiligungsprozesse erstellt. Dort ist detaillierter vermerkt, worum es bei einem Prozess ging, wer ihn angestoßen hat und wo man sich über die Ergebnisse informieren kann.

Welche Themen uns im ersten Jahr beschäftigten

Um in konkreten Beteiligungsprozessen gut mitwirken zu können, müssen bestimmte Grundlagen unserer Arbeit geklärt sein. Auch wenn die Stadtverordnetenversammlung in ihren Beschlüssen die wesentlichen Aufgaben der WerkStadt für Beteiligung festgelegt hat. Waren besonders zu Beginn doch viele kleinteilige Punkte – wie sie sich eben erst in der praktischen Arbeit zeigen – noch offen. Letztlich geht es um die Frage des Selbstverständnisses, der eigenen Rolle und welche Richtung mit einer vollkommen neuen Einrichtung wie der unseren einschlagen werden soll.

Auf den folgenden Seiten möchten wir einige der Fragen, mit denen wir uns beschäftigt haben und die Antworten, die wir für uns gefunden haben, darstellen.

Unsere Struktur:

Zwei Hälften – eine Einrichtung

Wie weiter oben bereits beschrieben, ist die Struktur der „WerkStadt für Beteiligung“ ungewöhnlich. Es ist daher wichtig zu betonen, dass es keinen Unterschied macht, ob uns eine Anfrage aus der Verwaltung oder aus der Zivilgesellschaft erreicht. Auch wenn die WerkStadt aus zwei Hälften besteht: Sie ist eine Einrichtung und alle Angelegenheiten besprechen wir Mitarbeitenden untereinander kollegial, offen und kritisch.

Ungeachtet dessen wenden sich verschiedene Gruppen dabei jeweils an die Hälfte der WerkStadt, der sie sich eher verbunden fühlen. Bei vielen Initiativen, Vereinen und einzelnen Potsdamerinnen und Potsdamern ist dies der Verein mitMachen. Die Fachverwaltungen der Landeshauptstadt oder die städtischen Unternehmen wenden sich eher an den in der Verwaltung angesiedelten Teil. Dabei gilt der Vertrauensschutz: Alle, die sich an uns wenden, können darauf bauen.

Unabhängig davon, wer sich an welchen Teil der WerkStadt gewandt hat.

Ursprünglich hatten wir das Ziel, eine Geschäftsordnung für die WerkStadt zu erarbeiten, damit Rechte, Pflichten und das Verhältnis der beiden Hälften klar geregelt sind. Wir haben dieses Ziel bald abgewandelt. Es war uns wichtiger, mit der praktischen Arbeit zu beginnen und nach außen wirksam zu werden. Zudem kamen wir zu der Auffassung, dass wir uns mit einer Geschäftsordnung selbst zu starre Vorgaben machen. Letztlich haben wir uns ausgehend von unseren Erfahrungen aus dem ersten Jahr selbst „Richtlinien der Zusammenarbeit“ erarbeitet und damit den „Geist“, in dem wir arbeiten, zu Papier gebracht. Zudem muss der gleichberechtigte Ansatz unserer Arbeit ständig in Anbetracht neuer Prozesse und Herausforderungen miteinander verhandelt werden – dies lässt sich nicht in starre Paragraphen fassen.

Unsere Aufgaben: Beratung, Begleitung, Unterstützung, Entwicklung

Wir unterstützen Gruppen und Einrichtungen dabei, sich zu Angelegenheiten von öffentlichem Belang auf möglichst wirksame Weise mit den Menschen, die es interessiert und angeht, zu verständigen. Maßstab für alle unsere Tätigkeiten sind die „Grundsätze für Beteiligung in Potsdam“.

Wir beraten bei der frühzeitigen Planung von Beteiligung und helfen diese in bestehende Abläufe einzubinden. Wir recherchieren im Vorfeld Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Zielgruppen mit denen gesprochen werden sollte, stellen Kontakt zu denen her, „die es angeht“. Wir unterstützen bei der praktischen Organisation, indem wir geeignete Räume sowie eine kompetente Moderation und Prozessbegleitung anbieten und/oder vermitteln. Nicht zuletzt achten wir

auf eine verständliche Dokumentation und nachvollziehbare Rechenschaft, damit die Ergebnisse einer Beteiligung nicht in Vergessenheit geraten und auch für diejenigen zugänglich sind, die nicht dabei waren.

Unser Selbstverständnis: Die WerkStadt als Anwältin des Prozesses

Wir sind für uns schnell zu dem Schluss gekommen, dass es sehr wichtig ist, unsere Rolle in Potsdamer Beteiligungsprozessen stets deutlich zu benennen. Wir haben es auf die folgende Formel gebracht: „Wir vertreten keine Inhalte, sondern den Prozess!“ Tatsächlich ist diese Haltung der Garant für unsere Arbeitsfähigkeit.

In Beteiligungsprozessen werden stets unterschiedliche, teils auch widerstreitende Interessen geäußert. Diese lassen sich nicht auf eine simple und schlicht unzutreffende Formel wie „Bürger gegen Verwaltung“ bringen. Weder die Zivilgesellschaft noch die Verwaltung sind gleichförmige Blöcke, innerhalb derer immer alle einer Meinung wären. Potsdam ist ein vielgestaltiger Ort, an dem viele verschiedene Gruppen ein jeweils unterschiedliches Bündel an Zielen und Vorstellungen verfolgen.

Wir als WerkStadt machen uns diese Inhalte grundsätzlich nicht zu Eigen, unser einziges Interesse ist der Prozess selbst. Wir wirken daher auf ein Umfeld hin, in dem sich gemäß der Grundsätze für Beteiligung alle Teilnehmenden in gleichberechtigter und fairer Weise einbringen können. In diesem Sinne sind wir allparteilich, das heißt, wir setzen uns für alle Teilnehmenden ein. Welche konkreten Positionen und Argumente vertreten und ausgetauscht werden und welche inhaltlichen Ergebnisse am Ende der Beteiligung stehen, liegt dabei in der Verantwortung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und wird durch uns nicht bewertet.

Unsere Arbeitsfelder: Kultur und Struktur

Die erfolgreiche Verankerung von Beteiligung in einem Gemeinwesen hängt unter anderem ganz maßgeblich von zwei Bedingungen ab: Kultur und Struktur.

Damit Beteiligung gelingen kann, braucht es im besten Fall die ehrliche Überzeugung aller Mitwirkenden, dass diese gut und sinnvoll ist. Oder doch zumindest die Bereitschaft sich darauf einzulassen. Diejenigen Personen und Gruppen, die Beteiligung gegenüber eher skeptisch sind, gilt es durch positive Erfahrungen zu überzeugen. Auf dieser sehr persönlichen Ebene ist es vor allem eine Kultur des Guten und demokratischen Umgangs miteinander, die Beteiligung erfolgreich sein lässt. Eine solche Kultur kann man nicht erzwingen, sie braucht Zeit und Anlässe, um in jedem Menschen zu wachsen.

Daneben gibt es aber natürlich noch äußerliche Bedingungen, wie die Strukturen und Abläufe, in denen Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebettet sind. Je nachdem wie diese gestaltet sind, wird erfolgreiche Beteiligung ermöglicht oder verhindert, vereinfacht oder erschwert. Auf dieser organisatorischen Ebene ist Beteiligung eine Frage der Struktur.

Wir sehen unsere Aufgabe in beiden Arbeitsfeldern. Wir wollen konkrete Beteiligungsprozesse unterstützen und begleiten, um möglichst vielen Personen und Gruppen eine positive Erfahrung zu ermöglichen. Gleichzeitig gilt es natürlich auch, Vorschläge und Ideen zu entwickeln und sich für diese einzusetzen, wie Abläufe mit Blick auf eine bessere Beteiligung angepasst und verschiedene Prozesse sinnvoll miteinander verbunden werden können.



Potsdam mitgestalten: Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“
1. Jahresbericht (2014)

Ein neuer Name: WerkStadt für Beteiligung

Wenn ein Mensch seinen Namen wechselt, befindet er sich zumeist an einem wichtigen Wendepunkt in seinem Leben. Auch wir haben unseren Namen gewechselt und für uns ist dieser Schritt ebenfalls weder nebensächlich noch beiläufig. Aus dem „Büro für Bürgerbeteiligung“ wird nun die „WerkStadt für Beteiligung“ – ein Entschluss, den wir an dieser Stelle kurz begründen möchten.

Als seinerzeit überlegt wurde, wie diese völlig neuartige Einrichtung heißen könnte, standen dabei Aufgaben und Rolle ganz im Vordergrund. Der Name „Büro für Bürgerbeteiligung“ ist dementsprechend vor allem eine Funktionsbeschreibung. Während die Idee einer gemeinsam von Verwaltung und freiem Träger betriebenen Einrichtung für die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern zweifelsohne ein aufregender und innovativer Gedanke ist – auf den eher verstaubt klingenden Name trifft das nicht zu.

In unserer praktischen Arbeit mussten wir sehr schnell die Erfahrung machen, dass der alte Name zu umständlich und ohne großen Erinnerungswert ist. Jedenfalls wurden wir bei Terminen regelmäßig – und durchaus nicht unfreundlich – als „das Bürgerbüro“ vorgestellt. Da wir dieser Bezeichnung nichts abgewinnen können, haben wir uns bald entschieden, nach einem neuen Namen zu suchen.

Dieser sollte dabei nicht nur attraktiver klingen, sondern auch unser Verständnis von Beteiligung besser wiedergeben. Wir richten uns eben nicht ausschließlich an „Bürger“, also volljährige Männer mit deutscher Staatsbürgerschaft und Erstwohnsitz in Potsdam. Alle Menschen, deren Leben sich in Potsdam abspielt, sind unsere Zielgruppe. Menschen jeden Geschlechts, Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, dauerhaft hier lebende Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder Flüchtlinge, nicht wahlberechtigte Stu-

dierende mit offiziellem Erstwohnsitz bei ihren Eltern oder Pendlerinnen und Pendler. Sie alle gestalten unser Zusammenleben ebenso mit, wie die in Potsdam Geborenen oder seit vielen Jahrzehnten hier Lebenden. Mit dem Namen „WerkStadt für Beteiligung“ wollen wir uns deutlicher hervorheben und sichtbarer werden. Die ungewöhnliche Schreibweise ohne Leerzeichen zwischen „Werk“ und „Stadt“ schafft Aufmerksamkeit und erhöht den Wiedererkennungswert. Zugleich erinnert die Zusammenziehung beider Worte an die in Potsdam seit vielen Jahren zu verschiedenen Themen durchgeführten Werkstatt-Verfahren. Wir zeigen mit dem Namen, dass wir uns dieser Vorgeschichte bewusst sind und sie doch zugleich im Modellprojekt kritisch weiterentwickeln wollen. Unser Ziel hat sich hingegen nicht geändert: Gelingende Beteiligung zusammen mit den Menschen ins Werk zu setzen, die Potsdam beleben und prägen – als „WerkStadt für Beteiligung“.

Ausblick auf 2015

Natürlich können wir an dieser Stelle noch nicht alle Themen und Prozesse nennen, die uns 2015 beschäftigen werden. So manches ist zum jetzigen Zeitpunkt weder vorherzusehen noch zu planen und wird sich erst aus den aktuellen Anlässen ergeben. Einige Prozesse und selbstgesetzte Vorhaben können wir aber schon nennen, die wir unterstützend begleiten oder selbst umsetzen wollen.

Leitbildentwicklung

Für die Landeshauptstadt Potsdam soll ein Leitbild entwickelt werden. Dort wird festgehalten, was den Menschen in Potsdam besonders wichtig ist und was nicht so sehr, wie sich die Stadt in den nächsten zehn Jahren weiterentwickeln soll und was von dem Erreichten es zu bewahren gilt. Über allem steht die Frage: Wie wollen wir in Potsdam künftig miteinander leben? Die im Leitbild festgehaltenen Ziele dienen später als verbindliche Planungsgrundlage für Verwaltung und kommunale Unternehmen.

In der sich entwickelnden Bürgerkommune Potsdam soll das eigene Leitbild natürlich unter möglichst breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet werden. In einem dreistufigen Beteiligungsprozess zwischen April und Oktober 2015 können sich alle Interessierten mit ihren Ideen einbringen. Die „WerkStadt für Beteiligung“ war von Beginn an bei der Planung des Prozesses einbezogen. Bei der praktischen Umsetzung wird die Landeshauptstadt Potsdam zusätzlich von mehreren Unternehmen mit langjähriger Erfahrung in diesem Bereich unterstützt.

Stärkung von Beteiligungsprozessen aus der Zivilgesellschaft

Wie dem folgenden Absatz „Beteiligungsprozesse“ zu entnehmen, haben wir im vergangenen Jahr zu 73% sogenannte Top-Down-Prozesse bearbeitet. Dies sind in der Regel Prozesse, die aus Politik und Verwaltung heraus angestoßen werden, um die Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Nur zu 27% haben wir sogenannte Bottom-Up-Prozesse bearbeitet. In diesen Prozessen werden Beteiligungsanliegen aus der Zivilgesellschaft heraus an Politik und Verwaltung herangetragen. Grundsätzlich sind beide Arten von Beteiligungsprozessen für uns aber gleich wichtig, wenn sie auch sehr unterschiedlich funktionieren. Um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken, wollen wir 2015 einerseits öffentlich in der Stadtgesellschaft wahrnehmbarer und ansprechbarer werden und andererseits gezielt mit Menschen aus der Zivilgesellschaft direkt in Kontakt treten. Dazu wollen wir unser Internetangebot ausbauen und auch weiterhin auf Vernetzung und Bekanntmachung des WerkStadt für Beteiligung hinarbeiten.

Ausbau des Internetangebots

Bereits im vergangenen Jahr hat sich die „WerkStadt für Beteiligung“ zusammen mit dem Bürgerhaushalt einen ersten gemeinsamen Internetauftritt unter der Adresse buergerbeteiligung.potsdam.de geschaffen.

Dieses Online-Angebot möchten wir schrittweise ausbauen und ergänzen. So sollen dort nach und nach alle Informationen zu Beteiligungsangeboten gebündelt werden, seien es aktuell laufende, in Planung befindliche oder bereits abgeschlossene Prozesse. Wir möchten für geeignete Beteiligungsprozesse regelmäßig eine Online-Beteiligung als Ergänzung zur Teilnahme an Vor-Ort-Veranstaltungen anbieten. Zuletzt wollen wir das Online-Angebot schrittweise um kleine, aber nützliche Dienste für die Stadtgesellschaft ergänzen, beispielsweise ein Verzeichnis aller Räume und Orte, die für Beteiligung nutzbar sind.

Weiterhin werden wir zusammen mit dem sich derzeit im Aufbau befindlichen Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadtverwaltung überlegen, wie die verschiedenen bereits vorhandenen Instrumente (beispielsweise der Maerker Potsdam) sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Vernetzung und Bekanntmachung

Wir wollen uns im Jahr 2015 noch intensiver in das öffentliche Bewusstsein bringen. So möchten wir hierzu unsere Vorstellungsrunden fortsetzen. Neben den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, den kommunalen Unternehmen und der Schulleitungskonferenz, ist uns vor allem die Wiederholung des Vernetzungstreffens aus dem vergangenen Jahr ein wichtiges Anliegen. Gern wollen wir im Frühjahr und Herbst 2015 die vielen verschiedenen Initiativen, Vereine und aktiven Gruppen zum gemeinsamen Austausch einladen.

Neben der organisierten Zivilgesellschaft wollen wir uns natürlich auch bei den vielen Potsdamerinnen und Potsdamern besser bekannt machen, die sich nicht ständig politisch engagieren. Hierzu wollen wir entsprechende Materialien erarbeiten (beispielsweise einen Flyer, Postkarten, Leitfäden und so weiter) und in der Stadt verbreiten.

Beteiligungsprozesse

Auf den folgenden Seiten haben wir Informationen zu den Beteiligungsprozessen zusammengetragen, die uns im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Diese haben wir in zwei Abschnitte aufgeteilt.

Im ersten Abschnitt sind alle Beteiligungsprozesse gemeinsam betrachtet. In einem Gesamtüberblick ist so leicht zu erkennen, welche Arten von Prozessen wir begleitet haben und in welchen zusätzlichen Bereichen sich unsere Arbeit bewegt hat.

Im zweiten Abschnitt gehen wir auf die einzelnen Beteiligungsprozesse jeweils genauer ein. Da wir nicht jeden einzelnen in aller Ausführlichkeit beschreiben können, haben wir stets einen kurzen Steckbrief mit den wichtigsten Angaben zusammengestellt. In diesem ist auch vermerkt, wo ausführlichere Informationen zu finden sind.

Einordnung von Prozessen

Grundsätzlich teilen wir Beteiligungsprozesse in die beiden Kategorien Top-Down oder Bottom-Up Prozesse ein. Prozesse die von der Zivilgesellschaft angestoßen werden und sich an die Politik und Verwaltung richten, werden als Bottom-Up-Prozess bezeichnet. Die englische Bezeichnung Bottom-Up bedeutet nicht mehr als „von unten nach oben“ und stellt somit die Richtung des Anliegens da. Im Gegensatz dazu stehen „Top-down“-Prozesse („von oben nach unten“) bei denen der Anstoß zu Beteiligung von Politik oder Verwaltung ausgeht. Häufig stoßen Top-Down-Prozessen auch Bottom-Up-Prozesse an und andersherum.

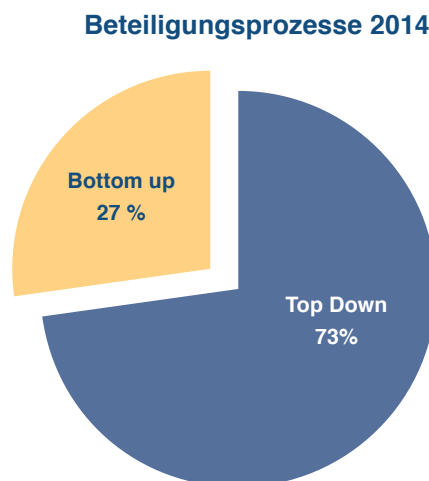


Abbildung 1: Von der WerkStadt für Beteiligung im Jahr 2014 begleitete Beteiligungsprozesse.

Top-Down

Top-Down Prozesse können je nach Anlass, Zweck, Inhalt und beteiligtem Personenkreisen sehr unterschiedlich sein. Die Entwicklung eines Leitbildes etwa ist ein typisches Beispiel für einen solchen Prozess. Wir teilen sie daher in folgende Unterkategorien ein:

- Information
- Befragung
- (begleitende) Konsultation
- Mitwirkung
- Mitentscheidung
- Potsdamer Bürgerbefragung

Information

Information ist die niedrigste Stufe der Beteiligung. Zwar haben die Teilnehmenden keine Möglichkeit der Mitsprache, aber das in Verwaltung und Politik vorhandene Wissen wird geteilt und allen öffentlich zugänglich gemacht. Es geht vor allem darum, allen Interessierten und Involvierten ein möglichst vollständiges Bild eines Vorgangs oder einer Situation zu geben. Im begrenzten Umfang kann Verwaltung und Politik anhand der Fragen der Teilnehmenden aber natürlich auch erfahren, welche Themen die Einwohnerinnen und Einwohner besonders beschäftigen. Informationsveranstaltungen sind vor allem dann angemessen, wenn es keine Entscheidungsspielräume für die Stadt gibt (beispielsweise weil Weisungen von Land oder Bund umzusetzen sind), in der Zivilgesellschaft aber ein starkes Interesse an den Vorgängen besteht. In letzter Konsequenz ermöglicht eine ausführliche Information den interessierten Personenkreisen ihr politisches Handeln entsprechend einzustellen und wenn gewünscht, aktiv zu werden.

Befragung

Eine Befragung ist eine Vorform der Beteiligung. Im Gegensatz zur Informationsveranstaltung wird nicht einseitig zur Zivilgesellschaft gesprochen, sondern es wird vielmehr gezielt nach ihrer Meinung gefragt. Allerdings ist eine Befragung keine öffentliche Debatte, denn es sprechen nicht Einwohnerinnen und Einwohner direkt miteinander. Vielmehr werden einzelne Personen getrennt befragt, ohne dass sie die Antworten der anderen kennen oder darauf reagieren könnten.

In diesem Sinne ist eine Befragung keine Beteiligung, sie kann aber einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung von Beteiligung leisten. Beispielsweise indem deutlich wird, welche Themen und Probleme viele Menschen am meisten beschäftigen und dementsprechend bei einer geplanten Beteiligungsveranstaltung unbedingt berücksichtigt werden sollten.

Es ist dabei zu unterscheiden zwischen einer zufälligen Stichprobe und einer sogenannten repräsentativen Umfrage, bei der nach wissenschaftlich-statistischen Gesichtspunkten nur ein ausgewählter Teil der Einwohnerinnen und Einwohner befragt wird. Dieser ausgewählte Teil stellte dabei einen spiegelbildlichen Durchschnitt der Potsdamer Stadtgesellschaft dar und erlaubt daher in einem gewissen Rahmen Rückschlüsse auf das Gesamtbild.

(begleitende) Konsultation

Bei einer Konsultation legen Verwaltung oder Politik der interessierten Zivilgesellschaft einen Entwurf zu Beratung vor. Die Teilnehmenden können dann rückmelden, mit welchem Teil der präsentierten Lösung sie zufrieden sind und wo Verbesserungsbedarf gesehen wird. Die so gewonnenen Hinweise werden nach dem Ermessen von Verwaltung und Politik aufgegriffen. Die einfache Konsultation ist im Regelfall einstufig, es wird ein „fertiger“ Entwurf vorgelegt, der von den Interessierten abschließend begutachtet wird. In einer begleitenden Konsultation legen Verwaltung und Politik bereits im Prozess der Entwurfserstellung ihren jeweiligen Arbeitsstand vor. Dies kann mehrfach erfolgen und ermöglicht so bereits, zu einem frühen Zeitpunkt die „Knackpunkte“ eines Entwurfs zu erkennen. Die Teilnehmenden können auf diese Weise auch begrenzten Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung eines Entwurfs nehmen.

Mitwirkung

Mitwirkung bezeichnet Beteiligungsprozesse, in denen die Interessierten sich mit ihren Positionen, Hinweisen, Vorschlägen und Ideen einbringen können. Ein Vorhaben kann so von den Teilnehmenden beeinflusst werden, obwohl eine Beteiligung gesetzlich nicht verbindlich ist. Die abschließende Entscheidung darüber, welche der eingebrachten Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden, verbleibt bei Verwaltung und Politik. Neben der Information und der Konsultation ist die Unterkategorie Mitwirkung diejenige, in der sich die meisten Top-Down Prozesse abspielen.

Mitentscheidung

Mitentscheidung ist eine vergleichsweise hohe Stufe der Beteiligung. Die Teilnehmenden entwickeln nicht nur Vorschläge, sondern formulieren diese zusammen mit Fachverwaltung und Politik zu einer beschlussfähigen Lösung und nehmen an der abschließenden Entscheidungsfindung unmittelbar teil. Diese sehr weitgehende Form der Beteiligung ist in Deutschland eher ungewöhnlich.

Potsdamer Bürgerbefragung

Im Gegensatz zu allen vorher genannten Instrumenten der Beteiligung ist die Potsdamer Bürgerbefragung in der Hauptsatzung der Landeshauptstadt (im § 5) geregelt.² Mit der Potsdamer Bürgerbefragung kann die Stadtverordnetenversammlung eine bestimmte Frage allen Einwohnerinnen und Einwohner die 16 Jahre oder älter sind und ihren Erstwohnsitz in Potsdam haben zur unverbindlichen Abstimmung vorlegen. Auch wenn die Stadtverordnetenversammlung an das Ergebnis der Befragung nicht gebunden ist, kann eine Bürgerbefragung doch eine starke öffentliche Debatte erzeugen. In der Vergangenheit gab es zwei Bürgerbefragungen, nämlich zur Frage des Standorts des Landtages (2006) und zum dem des neuen Schwimmbades (2012). Eine Bürgerbefragung ist immer dann sinnvoll, wenn zu einer Frage von großem stadtweiten Interesse mehrere klare Alternativen vorliegen, zwischen denen es auszuwählen gilt.

² Die Potsdamer Bürgerbefragung ist nicht zu verwechseln mit dem Bürgerbegehren, die wesentlichen Unterschiede in aller Kürze sind:

- a) Die Befragung ist in der Hauptsatzung der Stadt geregelt, das Begehren in einem Landesgesetz.
- b) Die Befragung wird von der Stadtverordnetenversammlung angesetzt, ein Begehren durch Sammlung von Unterschriften Wahlberechtigter.
- c) Das Ergebnis der Befragung ist unverbindlich, der auf ein Bürgerbegehren folgende Bürgerentscheid hingegen verbindlich.
- d) Eine Befragung kann zu allen Themen von stadtweitem Interesse angesetzt werden, ein Bürgerbegehren unterliegt in Brandenburg verschiedenen Themenausschlüssen.

Bottom-Up Prozesse

Bei Bottom-Up Prozessen handelt es sich in der Regel um Beteiligungsanliegen, die aus der Zivilgesellschaft heraus formuliert und an Verwaltung und Politik herangetragen werden. Hierbei lassen sich im Gegensatz zu Top-Down Prozessen keine so klaren Unterkategorien abgrenzen. Häufig entstehen Bottom-Up Prozesse aus dem ehrenamtlichen Engagement von Einwohnerinnen und Einwohnern. Zumeist steht dabei die Formulierung und Durchsetzung von Anliegen im Vordergrund, die bisher durch Verwaltung und Politik nicht ausreichend behandelt wurden. Bottom-Up Prozesse können nur schwer in klare Kategorien unterteilt werden. Ein wichtiger Ansatz in diesem Feld ist das sogenannte Organizing, welches die WerkStadt für Beteiligung in ihrer Arbeit aus der Zivilgesellschaft verfolgt.

Organizing

Beim Organizing werden Gruppen dabei unterstützt, sich zu organisieren, sich ihrer gemeinsamen Interessen bewusst zu werden und diese mit einem klaren Ziel gegenüber öffentlichen Stellen und Politik zu vertreten. Dies ist immer dann wichtig, wenn viele verschiedenen Menschen zwar mit den gleichen Problemen kämpfen oder ein ähnliches Anliegen verfolgen, es zugleich aber keine organisierte Form der Interessenvertretung gibt. Da Politik und Verwaltung in diesen Fällen kein unmittelbares Gegenüber zur direkten Verhandlung hat, ist es sehr schwierig, zusammen mit den Interessierten angemessene und akzeptierte Lösungen zu entwickeln. Konflikte schwelen dann oft „unter der Oberfläche“ weiter und können nicht angemessen bearbeitet werden. Beim Organizing erhalten Interessierte Unterstützung, um sich zu organisieren, ihre gemeinsamen Belange zu formulieren und auf Augenhöhe mit Politik und Verwaltung, aber auch anderen Gruppen der Stadtgesellschaft auftreten zu können. Man könnte auch sagen: Organizing macht fit für Beteiligung.

Übersicht aller begleiteten Beteiligungsprozesse

Zu folgender Auswahl an Beteiligungsprozessen ist im vorliegenden Jahresbericht ein Steckbrief enthalten:

Bezeichnung	Steckbrief auf Seite
Neue Nachbarschaften in Potsdam-West	46
Informationsveranstaltungen zur Flüchtlingsunterbringung	48
Initiative Alte Brauerei	50
Leitbild für Potsdam	52
Seniorenplan	54
Zukunft der Wohnsiedlungen	56
Stadtteilkonferenz im Schlaatz	60
Aktivierende Befragung Am Stern	62
Messe Drewitz	64
Fortschreibung des Radverkehrskonzepts	66
Erstwählerkampagne „Dein erstes Mal“	68
Planungswerkstatt Lustgarten	70
Kulturpolitische Leitlinien 2014-2018	72
Werkstatt der KulturLobby zu den Kulturpolitischen Leitlinien	74
KulturLobby	76
Innenstadtverkehrskonzept	78
B-Plan Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“	80
Mietergemeinschaft Musikerviertel	82
Strategiekonferenz zur Flüchtlingsunterbringung	84
Wohnungspolitisches Konzept	86
Nördlich In Der Feldmark – Freiraumkonzept Golm	88
Mieterinitiative Sellostraße	90

Tabelle 1: Übersicht aller enthalten Steckbriefe zu Beteiligungsprozessen.

Beteiligungsprozesse im Zeitverlauf

In den beiden unten stehenden Tabellen sind die Zeitverläufe der dargestellten Beteiligungsprozesse nach Quartalen abgebildet. Insgesamt wurden 22 Prozesse begleitet, davon wurden 16 von der Verwaltung (Tabelle 2) und weitere 6 von der Zivilgesellschaft (Tabelle 3) angestoßen. Prozesse, die wir auch im Jahr 2015 weiter begleiten werden, sind entsprechend kenntlich gemacht.

Bezeichnung	1. Quartal 2014	2. Quartal 2014	3. Quartal 2014	4. Quartal 2014	2015
Leitbildentwicklung					
Seniorenplan					
Zukunft der Siedlungen					
Nachbarschaftskonferenz im Schlaatz					
Aktivierende Befragung Am Stern					
Messe Drewitz					
Fortschreibung des Radwegeverkehrskonzept					
„Dein erstes Mal“ – Kampagne für Erstwählende					
Kulturpolitische Leitlinien 2014-2018					
Informationsveranstaltung zur Flüchtlingsunterbringung					
Planungswerkstatt Lustgarten					
Innenstadtverkehrskonzept					
B-Plan Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“					
Wohnungspolitisches Konzept					
Nördlich In Der Feldmark – Freiraumkonzept Golm					
Strategiekonferenz zur Flüchtlingsunterbringung					

Tabelle 2: Übersicht aller Top-Down Beteiligungsprozesse im Zeitverlauf.

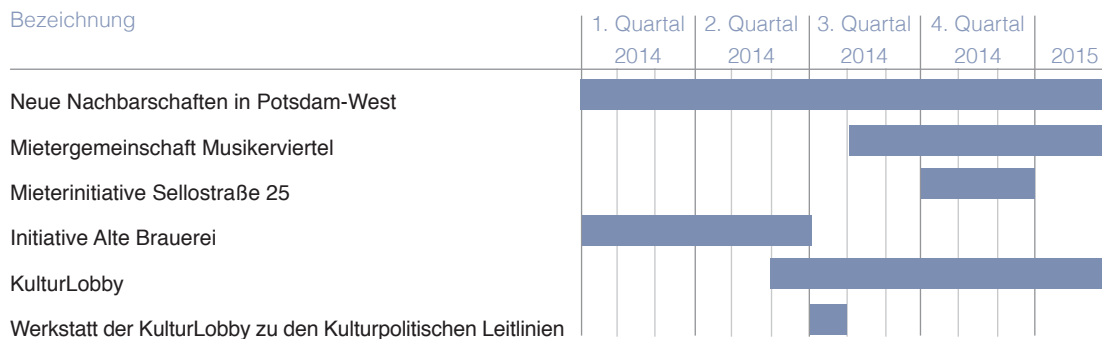


Tabelle 3: Übersicht aller Bottom-Up Beteiligungsprozesse im Zeitverlauf.

Übersichtsdarstellung: Tätigkeiten der WerkStadt für Beteiligung

Die folgende Grafik zeigt eine Gesamtübersicht der einzelnen Tätigkeiten der WerkStadt für Beteiligung. Sie schlüsselt die Tätigkeiten der WerkStadt sowohl in den aufgeführten Beteiligungsprozessen als auch außerhalb dessen auf. Neben Beratung und Schulungen unterscheiden wir zwischen Prozessbegleitung und Moderation, beobachtender Teilnahme sowie Information- und Kontaktvermittlung.

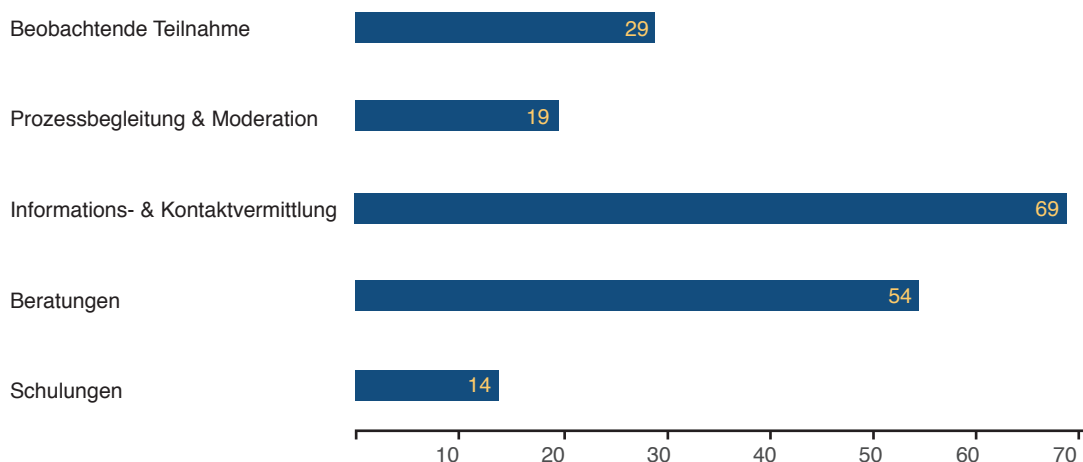


Abbildung 2: Übersicht der Tätigkeiten der WerkStadt für Beteiligung.

Beteiligungsrat

Zusammen mit der „WerkStadt für Beteiligung“ (vormals: „Büro für Bürgerbeteiligung“) ist der Beteiligungsrat das zweite Gremium im Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“. In diesem Kapitel stellt der Beteiligungsrat seine Sicht auf das vergangene Jahr dar.

Neben einem Rückblick auf die Ereignisse seit dem ersten Zusammentreten des Beteiligungsrates am 26. September 2013, beschreiben Sprecherin und Sprecher Jeannette Wachholz und Matthias Vogt, die aktuellen Herausforderungen und wagen einen Blick auf das kommende Jahr.

Am 26. September 2013 fand das erste Treffen des neuen Beteiligungsrates der Landeshauptstadt Potsdam statt. Nach mehr als einem Jahr ist unser Gremium längst nicht mehr neu: Fremde Gesichter sind vertraut geworden; die Grundsätze der Bürgerbeteiligung sind uns beinahe in Fleisch und Blut übergegangen; wir können mitreden, wenn einmal mehr über „Bottom-Up“ und „top-down“ diskutiert wird. Dieses Vertrautwerden in der Gruppe, diese Auseinandersetzung mit den Anliegen und Inhalten der Bürgerbeteiligung waren es, die unsere Arbeit bis Ende 2014 im Wesentlichen bestimmt haben. Wir sind nicht mehr die „Neuen“, die wir beim ersten Treffen im September 2013 waren. Die „Neuen“, die all die guten Ratschläge und Anliegen der „alten Hasen“ der Bürgerbeteiligung in Potsdam hören, sortieren und gewichten mussten. Wir sind und bleiben aber auf dem Weg. Wir merken, dass wir längst nicht mit allen Aspekten unserer Arbeit zufrieden sind. Wir bleiben kritische Beobachter der Beteiligungsprozesse in unserer Stadt. Wir bleiben kritisch gegenüber der eigenen Arbeit.

Davon wollen wir berichten und blicken zunächst zurück auf die Themen und Ereignisse, die uns als Beteiligungsrat im vergangenen Jahr 2014 beschäftigt haben. Dieser Rückblick gilt zunächst den Grundlagen unserer eigenen Arbeit, dann der Beratung und Mitwirkung nach außen. Es wird sich zeigen, dass sich aus den offenen Fragen und ungeklärten Aufgaben im Innen- und Außenbezug unseres Gremiums die Herausforderungen und Vorhaben für das Jahr 2015 ergeben.

Selbstverständnis, Ziele und Aufgaben des Beteiligungsrates

Bereits in der Findungsphase des neuen Beteiligungsrates, die noch in das Jahr 2013 fiel, wurde schnell klar: Wenn die Arbeit dieses Gremiums nicht wirkungslos bleiben soll, muss sie sich in verbindlichen und formal geordneten Bahnen bewegen. Die Frage, welche Bahnen dies sein sollten und welches Ziel dabei zu verfolgen wäre, beschäftigte den Beteiligungsrat über mehrere Monate hinweg. Zentrales Ergebnis dieser teils fruchtbaren, teils mühseligen Arbeit ist die Geschäftsordnung unseres Gremiums. Ausgangspunkt war dabei der maßgebliche Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, wobei sich zeigte, dass hier nur die großen Linien unserer zukünftigen Arbeit festgelegt waren. Da es sich im Ganzen um ein Modellprojekt handelt, trug auch die Suche nach etwaigen bereits bestehenden Strukturen

für ein solches Gremium in anderen Städten wenig aus. Es lag an uns selbst, uns über Selbstverständnis und Ziele, Aufgaben und Arbeitsweise des Beteiligungsrates klar zu werden. Im Ergebnis dieses Klärungsprozesses entstand die Geschäftsordnung, die uns jetzt ein strukturiertes und zielgerichtetes Arbeiten ermöglicht. Freilich: Es handelt sich um einen formalen Rahmen, der mit Leben zu füllen ist.

In unseren monatlichen Sitzungen zeigt sich auf der einen Seite, dass alle Mitglieder des Rates den respektvollen Umgang miteinander schätzen. Für Rückfragen und Diskussionen ist immer Platz. Die Kritik bleibt stets bezogen auf die Sache. Schwierigkeiten bereiten uns bisweilen, die Fülle der monatlich neu anstehenden Tagesordnungspunkte so zügig abzuhandeln, dass wir die uns selbst auferlegte Sitzungsdauer von maximal zweieinhalb Stunden auch einhalten. Die verlässliche Moderation unserer Sitzungen durch Herrn Baumann vom „Büro Blau“ ist uns diesbezüglich eine große Hilfe und Erleichterung. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass auch das Papier einer Geschäftsordnung geduldig ist: Einigen der dort formulierten Ansprüche und Aufgaben hinken wir nach wie vor hinterher – etwa bezüglich des Zeit- und Aufgabenplans, den das Büro für Bürgerbegleitung mit uns gemeinsam beraten und beschließen soll. Auch die Frage nach dem Selbstverständnis unseres Gremiums bleibt virulent: Unsere Arbeit steht im Spannungsfeld von Bürgern, Politik und Verwaltung – das zeigt schon die Zusammensetzung des Beteiligungsrates, das hält aber auch Fragen offen: Wessen Partner sind wir? Wessen Anliegen vertreten wir? Wäre es nicht eine Überforderung, allen drei Parteien in gleicher Weise zur Verfügung zu stehen? Wäre es nicht eine Überforderung, Anwalt aller Beteiligungsprozesse zu sein, die in unserer

Stadt bereits laufen und stetig neu angestoßen werden?

Nicht alle, die von Anfang an dabei waren, konnten diese Fragen für sich auf eine vorläufig befriedigende Weise beantworten. Nicht alle konnten das regelmäßige ehrenamtliche Engagement unseres Gremiums mit ihren sonstigen beruflichen und familiären Verpflichtungen vereinbaren. Wir, die wir uns weiterhin in die Arbeit des Rates einbringen, bedauern das – und sehen darin auch Anlass zu einer Hinterfragung unseres Selbstverständnisses und unserer Arbeit. Gleichzeitig erleben wir, wie hilfreich unsere kritischen Nachfragen, wie fruchtbar unsere Ideen insbesondere für die Mitarbeitenden des Büros für Bürgerbeteiligung sind. Es ist sicher kein Zufall, dass sich diese Zusammenarbeit im Jahr 2014 derart verstetigt hat: Die kritische wie konstruktive Begleitung und Beratung der Arbeit des Büros gehört zu unseren Hauptaufgaben – und das Büro hat die in unserem Gremium gebündelten Ressourcen und Kompetenzen erkannt und ruft sie unserem Eindruck nach gern ab. Damit kommen wir zum nächsten Punkt:

Beratung und Mitwirkung – der Beteiligungsrat als Partner

Das Modellprojekt Bürgerbeteiligung in Potsdam sieht – neben den programmatischen Grundsätzen und neben unserem Gremium – ein Büro für Bürgerbeteiligung vor, das in erster Linie als Schnittstelle zwischen Bürgerschaft und Verwaltung konzipiert ist. Die Konzeption spiegelt sich in der Doppelstruktur aus internem und externem Träger des Büros wider. Da das Büro für Bürgerbeteiligung seine Arbeit erst im Spätherbst 2013 aufnehmen konnte und dabei vor der Herausforderung stand, im Rahmen der Doppelstruktur verlässliche und wirkungsvolle Organisations- und Arbeitsformen zu entwickeln, nahm die Beratung und Begleitung dieses Prozesses von Anfang an einen hohen Anteil unserer eigenen Arbeit ein. Bisweilen waren wir mit unseren Ideen und Vorstellungen von der Arbeit des Büros dem tatsächlichen Strukturierungsprozess weit voraus, bisweilen mussten wir aber auch überrascht und erfreut feststellen, wie schnell dieser Prozess und bereits an Beteiligungsprozessen mitgearbeitet wird.

Nachdem der Strukturierungsprozess im Büro für Bürgerbeteiligung unserem Eindruck nach weitgehend abgeschlossen war, rückten neue Fragen in den Fokus unserer Aufmerksamkeit: Welche Beteiligungsprozesse werden vom Büro begleitet und welche nicht? Wie erfolgt die Begleitung, welche Ressourcen (personell und materiell) stehen dabei zur Verfügung und werden eingesetzt? Wie werden die Prozesse evaluiert und für eine zukünftige Verwendung (Best Practice) katalogisiert? Wie werden die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger über laufende und geplante Beteiligungsprozesse informiert? Welche Leistungsangebote kann das Büro einerseits bürgerschaftlichen, andererseits städtischen Beteiligungsanliegen unterbreiten? Diese Arbeit an einem geeigneten Verfahrensmonitor, an Kriterien der Auswahl von Beteiligungsverfahren und deren plausibler Anwendung sowie an einer formalisierten Dokumentation (von der Auswahl und Planung bis zur Evaluation und Katalogisierung) ist längst nicht abgeschlossen und wird das Thementableau des Beteiligungsrates auch im Jahr 2015 mit bestimmen.

Weit weniger ertragreich war die Kommunikation zwischen Beteiligungsrat und Potsdamer Bürgerschaft sowie zwischen Rat und Politik. Einerseits hat der Rat in einer Arbeitsgruppe Grundsätze seiner Öffentlichkeitsarbeit und Ideen zur Erhöhung seines Bekanntheitsgrades erarbeitet. Andererseits teilen wir die Einsicht, dass wir unsere eigenen Möglichkeiten als ehrenamtliches Gremium als begrenzt erfahren – und diese sicher auch begrenzt bleiben. Um als Ansprechpartner für Beteiligungsprozesse bekannter zu werden, werden wir deshalb keine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit betreiben, sondern darauf achten, dass die öffentlichkeitswirksame Präsenz des Modellprojekts Bürgerbeteiligung stets auch Selbstverständnis, Anliegen und aktuelle Themen des Beteiligungsrates mitkommuniziert. Bereits jetzt geben die im Internet veröffentlichten Protokolle transparent Auskunft über unsere Arbeit. Darüber hinaus möchten wir offensiver zu unseren stets öffentlichen Sitzungen einladen. Und wir möchten anstehende Beteiligungsprozesse – wie den Leitbildprozess der Landeshauptstadt Potsdam – nutzen, um unsere Arbeit und uns als Gremium bekannter zu machen.

Auffällig ist für uns die Tatsache, dass der Beteiligungsrat zwar auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zustande gekommen ist, aber ein weitergehendes Interesse der Fraktionen an unserer Arbeit keineswegs durchgängig vorhanden ist – oder wenigstens nicht bis zu uns durchdringt. Zwei Vertreter der Politik nehmen als aus der Stadtverordnetenversammlung entsandte Mitglieder des Beteiligungsrates kontinuierlich an unseren Sitzungen teil – und die Konstruktion des Rates als eines Schnittstellengremiums erweist sich in dieser Hinsicht als großer Gewinn. Dennoch bleibt die Frage, inwiefern die städtische Politik ein darüber hinausgehendes Interesse an Bürgerbeteiligung hat. Jede diesbezügliche Gelegenheit, über unsere bisherige Arbeit und unsere weiteren Vorhaben ins Gespräch zu kommen, nehmen wir gern wahr!

Als erfreuliche Beobachtung heben wir hervor, dass und wie das Modellprojekt Bürgerbeteiligung von dem hierfür zuständigen Bereich der Stadtverwaltung unterstützt und vorangetrieben wird. Die entsprechenden Sitze des Beteiligungsrates sind mit kompetenten und motivierten Personen besetzt, die einerseits daran interessiert sind, dass aus dem Modellprojekt ein Erfolg wird, die andererseits aber auch um die Grenzen ehrenamtlichen Engagements wissen. Wir sind guter Dinge, dass auch die finanzielle Absicherung der Arbeit unseres Gremiums bis zum Ende des Modellprojekts in Abstimmung mit der Verwaltung zufriedenstellend geklärt werden kann.

Herausforderungen und Aufgaben des Beteiligungsrates im Jahr 2015

Einige der Vorhaben unseres Gremiums für das Jahr 2015 sind bereits angesprochen worden. Sie ergeben sich zum einen Teil aus der Tatsache, dass bestimmte Aspekte unserer bisherigen Arbeit den selbstgesteckten Erwartungen und Wünschen nicht in befriedigender Weise entsprechen. Zum anderen Teil ergeben sie sich aus unserer Kernaufgabe der Begleitung und Beratung der Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung. Die hier genannten Vorhaben sollen unsere Gremienarbeit jedoch nicht in einer Weise beschränken, dass uns eine Beschäftigung mit neu hinzukommenden Beteiligungsprozessen nicht mehr möglich wäre.

Selbstverständnis des Gremiums: Sich neu über den Stellenwert der eigenen Arbeit zu vergewissern, das wird uns gleich zu Beginn des Jahres 2015 beschäftigen. Wir wollen prüfen, inwieweit die Beschreibungen über Selbstverständnis, Ziele und Aufgaben des Gremiums, wie sie in der Geschäftsordnung enthalten sind, mit unserer eigenen Wahrnehmung übereinstimmen. Dazu gehört auch die Frage, welche Möglichkeiten der Begleitung und Beratung wir als ein ehrenamtliches Gremium haben und wo die notwendigen Grenzen dieser Arbeit liegen – oder von uns gesetzt werden müssen. Dazu gehört zudem die Herausforderung, die Relevanz und den Gewinn unserer Arbeit auch gegenüber den jugendlichen Bewohnerinnen unserer Stadt zu verdeutlichen: Die kontinuierliche Besetzung des Jugendsitzes im Beteiligungsrat ist eine Aufgabe, die wir bisher noch nicht zufriedenstellend lösen konnten.

Öffentlichkeitsarbeit des Gremiums: Ausgehend von dem inzwischen getroffenen Grundsatz, die eigene Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der öffentlichkeitswirksamen Präsentation des Modellprojekts Bürgerbeteiligung mitlaufen zu lassen, stellt sich uns – ebenso wie dem Büro für Bürgerbeteiligung – die Frage nach geeigneten Wegen, einerseits auf die Bürgerschaft zuzugehen, andererseits als Ansprechpartner für Belange der Beteiligung erkennbar und auffindbar zu sein. Wir wollen die regelmäßige Arbeit unseres Gremiums und deren Ergebnisse bekannter machen – dazu Wege in die Stadtteile, in die Politik, zu Bürgerinitiativen und Initiatoren von Beteiligungsprozessen suchen und finden. Eine Herausforderung dabei wird sein, zu verdeutlichen, worin die Kernpunkte unserer beratenden und begleitenden Tätigkeit bestehen – und auch: worin nicht.

Zeit- und Aufgabenplan des Büros für Bürgerbeteiligung: Einer der Kernpunkte unserer Arbeit ist die Beratung und Begleitung des Büros bei der Erstellung und Revision eines Zeit- und Aufgabenplans für dessen Arbeit. Die Beschäftigung mit dem Verfahrensmonitor und einem Kriterienkatalog war diesbezüglich eine gute Vorbereitung, die nun in einem konkreten Zeit- und Aufgabenplan münden soll. Als Beteiligungsrat wollen wir dabei insbesondere darauf achten, dass eine faire Regelung bezüglich der Begleitung von Beteiligungsprozessen getroffen wird: Das Büro soll seine ohnehin begrenzten Ressourcen sowohl solchen Prozessen, die vonseiten der Verwaltung (top down) als auch solchen, die vonseiten der Bürgerschaft (Bottom-Up) angestoßen werden, zur Verfügung stellen können.

Thematisierung konkreter Beteiligungsprozesse: Die Etablierung einer Geschäftsordnung und einer verbindlichen Gremienarbeit ließ im vergangenen Jahr 2014 bisweilen kaum die Möglichkeit, sich mit konkreten Beteiligungsverfahren zu beschäftigen. Dies hat sich bereits geändert, aber: Die Mitglieder des Beteiligungsrates wünschen sich noch mehr Beschäftigung mit Inhalten, weniger Beschäftigung mit den Strukturen der eigenen Arbeit. Diesen Spagat hinzubekommen, ohne Länge und Häufigkeit unserer Sitzungen zu überdehnen, ist eine Herausforderung, in der wir zum Glück nicht allein stehen: Herr Baumann als Moderator strukturiert und leitet die Sitzungen in einer Weise, die sowohl der Sache als auch einer guten Arbeitsatmosphäre dienen. Unser Ziel ist, geeignete Beteiligungsprozesse exemplarisch zu betrachten und zu begleiten. Leitender Fragehorizont dabei ist, inwieweit hier die Grundsätze der Bürgerbeteiligung umge-

setzt sind und inwieweit noch Möglichkeiten der Optimierung vorhanden sind.

Leitbildprozess der Landeshauptstadt Potsdam: Der im vergangenen Jahr 2014 initiierte Prozess der Erstellung eines Leitbildes für unsere Stadt beschäftigte von Anfang an auch unser Gremium. Dass in diesem Prozess die Grundsätze der Bürgerbeteiligung ernst genommen werden wollen, zeigt sich darin, dass den Bürgerinnen und Bürgern selbst die Chance einer aktiven Mitarbeit am Leitbild eröffnet wird. Der Beteiligungsrat ist sowohl im maßgeblichen Lenkungsgremium als auch in der ausführenden Projektgruppe vertreten. Er will darauf achten, dass der Anspruch der beteiligungsbasierten Leitbilderstellung nicht durch unnötige Hürden geschmälert, sondern durch ein breites Tableau an originellen und wirkungsvollen Methoden der Bürgerbeteiligung eingelöst wird. Dabei kommt der Kommunikation über Ziel und Verbindlichkeit des Leitbildungsprozesses eine ebenso wichtige Rolle zu wie der wirkungsvollen Werbung für eine breite Beteiligung an diesem Prozess.

Begleitung mittelfristiger Vorhaben des Büros für Bürgerbeteiligung: Über die umfangreiche Mitarbeit am Leitbildprozess könnten andere Vorhaben leicht in den Hintergrund geraten. Wir möchten mit dem Büro für Bürgerbeteiligung im Gespräch bleiben, inwieweit diese Vorhaben zeitgleich vorbereitet werden können – oder ob sie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müssen. Zwei solcher Vorhaben, die aus unserer Sicht Priorität haben, seien beispielhaft genannt: Erstens die Überführung des Verfahrensmonitors in einen regelmäßig aktualisierten, öffentlich zugänglichen Überblick über laufende und geplante Beteiligungsprozesse in

unserer Stadt. Zweitens die Erstellung eines Atlases der Potsdamer Beteiligungsorte, der Auskunft darüber gibt: Wo gibt es welche Angebote für die verschiedenen Anliegen der Bürgerschaft? Welche Ressourcen stehen den Potsdamerinnen und Potsdamern zur Verfügung, um sich bürgerschaftlich zu engagieren?

Der Beteiligungsrat selbst ist eine solche Ressource, freilich in einem besonderen Sinn: Als Schnittstellengremium zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, das zudem durch Experten um zusätzliche Kompetenz bereichert ist, sehen wir uns in der Rolle des Beraters mit Weit- und Überblick sowie des Multiplikators mit kritischer Distanz. Wir greifen die verschiedenen, bisweilen auch einander widersprechenden Anliegen der Bürgerbeteiligung auf, ordnen sie in das Gesamtgeschehen bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt ein, prüfen sie anhand der Grundsätze der Bürgerbeteiligung. Nicht für die Anliegen selbst, wohl aber für die Prozesse können wir Partei ergreifen – durch Verweis auf ungenutzte Ressourcen und bestehende Defizite, durch Hinweise an die Verwaltung und das Büro für Bürgerbeteiligung. Das wird manchen zu wenig sein, anderen schon zu viel. Freilich: Derart unterschiedliche Einschätzungen sind normal in einem Themenfeld wie der Bürgerbeteiligung, das sich einer Fülle an bestehenden Erwartungen und – erfahrungsbasierten oder diffusen – Frustrationen ausgesetzt sieht. Eine gesunde Mischung aus Engagement und Gelassenheit ist vielleicht der beste Weg, um nicht zwischen den Mühlsteinen dieser Erwartungen und Frustrationen zerrieben zu werden. Engagement und Gelassenheit – Beides kann die Arbeit unseres Gremiums umso mehr prägen, als sie im Rahmen eines Modellprojekts geschieht. Wer nicht scheitern darf, steht mit dem Rücken an der Wand – und das war noch nie ein guter Ausgangspunkt, um neue Wege zu beschreiten. Wir dürfen scheitern – und wir dürfen am Ende des Modellprojekts ebenso sagen: Ein gutes Stück dieses neuen Weges ist zurückgelegt. Noch bleiben offene Wünsche und Fragen, aber immerhin: Wir sind vorangekommen mit der Bürgerbe-

teiligung in unserer Stadt. Das ist eine doch recht komfortable Situation. Eine Situation, die uns als Beteiligungsrat offenherzig sagen lässt: Ratschläge, Kritik und Wünsche sind jederzeit und gern willkommen!

Für den Beteiligungsrat – Matthias Vogt und Jeannette Wachholz





Evaluation

Das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ wird begleitend vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) ausgewertet. Unter der Leitung von Frau Dr. Stephanie Bock und Frau Dr. Bettina Reimann werden dabei untersucht, wie sich das Modellprojekt insgesamt, aber speziell auch die „WerkStadt für Beteiligung“ und der Beteiligungsrat bewähren.

Neben Interviews und Befragungen von unterschiedlichen am Modellprojekt beteiligten Personen, werden in regelmäßigen Reflexionsrunden aktuelle Fragen bei der Ausgestaltung des Modellprojekts miteinander diskutiert. Um wichtige Erkenntnisse aus der laufenden Auswertung nicht erst am Ende des Modellprojekts zu erfahren, sondern wenn möglich direkt Lehren daraus ziehen zu können, legt das DIfU zweimal jährlich einen Zwischenbericht vor.

Die wesentlichen Erkenntnisse des letzten DIfU-Zwischenberichts vom 16. Dezember 2014 veröffentlichen wir auf den folgenden Seiten auszugsweise. Zum Ende der Laufzeit des Modellprojekts im Jahr 2016 wird der Abschlussbericht der Evaluation ungekürzt veröffentlicht.

Kurzfazit zur „WerkStadt für Beteiligung“

Neben den ersten Ergebnissen zum Beteiligungsrat werden im Folgenden ausgewählte Aspekte der bislang vorliegenden Evaluationsergebnisse (Querauswertung der Interviews) zum Büro für Bürgerbeteiligung³ als weiterer zentraler Baustein des Modellprojekts vorgestellt. Dieser Baustein wird im weiteren Projektverlauf und damit in einem der künftigen Zwischenberichte vertieft behandelt. Folgende Interviewergebnisse sind zum jetzigen Zeitpunkt hervorzuheben:

- Durchgängig erfolgt in den Interviews eine positive Bewertung des zweigeteilten Modells internes und externes Büro.
- Das Büro wird von allen Interviewten wahrgenommen und akzeptiert.
- Der Erfolg des Büros wird in sehr engem Zusammenhang mit den handelnden Personen gesehen.
- Die Kooperation zwischen internem und externem Büro wird als gut bewertet, und zwar sowohl aus der Innen- als auch der Außenperspektive. In einigen Interviews wird auf ineffiziente Dopplungen und unzureichende Arbeitsteilung zwischen den beiden Bürohälften verwiesen.
- Das Büro wird mehr oder weniger übereinstimmend als Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung und nicht als zentrale Koordinations- und Steuerungseinheit gesehen.
- Das Büro wird innerhalb der Verwaltung akzeptiert und seine Arbeit wird dort wertgeschätzt. Verwaltungsakteure kommen zu der Einschätzung: Kommunale Bürgerbeteiligung hat sich durch die Mitwirkung des Büros bereits verändert.
- Das Büro ist vor allem für die Verwaltung unter Berücksichtigung von zwei Aspekten von Nutzen:
 - Zugang zu Bürgergruppen / Zugang zu Gruppen, die mit Verwaltung nicht reden (wollen).
 - Ansprache/Aktivierung bislang wenig engagierter Gruppen und Personen.
- Widersprüchlich wahrgenommen und bewertet wird, ob das Büro derzeit zu viele Initiativen der Verwaltung oder der Bürgerschaft unterstützt.

³ Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Zwischenberichtes hatte sich das „Büro für Bürgerbeteiligung“ noch nicht in „WerkStadt für Beteiligung“ umbenannt.

- Von mehreren Interviewten wird festgestellt, dass das Büro derzeit zu viele Aufgaben übernimmt. Befürchtet wird eine inhaltliche, personelle und strukturelle Überforderung.
- Angeregt wird, dass sich das Büro neben der Beratung und Kompetenzvermittlung stärker und zunehmend auf den Aufbau von übergreifenden Strukturen der Bürgerbeteiligung konzentriert. Hierzu gehören u. a. der Aufbau von Kooperationsstrukturen mit der Verwaltung und das Konzept für eine „Vorhabenliste“.

Angeregt wird, dass sich das Büro neben der Beratung und Kompetenzvermittlung stärker und zunehmend auf den Aufbau von übergreifenden Strukturen der Bürgerbeteiligung konzentriert. Hierzu gehören u. a. der Aufbau von Kooperationsstrukturen mit der Verwaltung und das Konzept für eine „Vorhabenliste“.

Aus diesen ersten Einschätzungen seiner Arbeit und Struktur lässt sich die Wertschätzung und Akzeptanz des Büros für Bürgerbeteiligung ablesen. Das Büro scheint „angekommen“ zu sein, seine Arbeit wird wahrgenommen, seine experimentelle Konstruktion erhält Zustimmung, die Bedeutung der handelnden Personen wird hervorgehoben. Mit der Beschreibung als Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung hat das Büro für Bürgerbeteiligung einen wichtigen Schritt zur Gestaltung von Bürgerbeteiligung in Potsdam getan. Auch wenn die positiven Aussagen deutlich im Vordergrund stehen, so weisen die Interviewten doch immer wieder auf potenzielle Umsteuerungsbedarfe hin, die an dieser Stelle nur skizziert werden. Überfordernder Aktionismus, unnötige Arbeitsdoppelungen und unzureichende Absprachen, fehlende Prioritätensetzung, unzureichende Transparenz in der Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat und Notwendigkeit strategischer Ansätze zur Verankerung der Bürgerbeteiligung sind nur einige der Aspekte, die im weiteren Verlauf der Evaluation genauer in den Blick genommen werden sollen.

Kurzfasit zum Beteiligungsrat⁴

Insgesamt gibt es eine große Unsicherheit bezüglich der Aufgabe, der Rolle und der Funktion des Beteiligungsrates bei einer gleichzeitigen Unzufriedenheit mit dem Status-quo. Dies erfordert einen zeitnahen Klärungsprozess.

In allen Interviews wird der Beteiligungsrat als der Baustein des Modellprojekts beschrieben, der entweder nicht wahrgenommen wird, der sich immer noch in der Findungsphase befindet oder nicht zu sich gefunden hat und somit keine klare Rolle hat. Verstärkt durch den ersten Austritt eines Bürgers und anknüpfend an die in den letzten Sitzungen durchklingende Unzufriedenheit einzelner Beiratsmitglieder sollte der Rat möglichst bald eine Klausur durchführen.

Denkbar sind derzeit drei Modelle der Fortführung des Beteiligungsrates:

1. Weiter wie bisher

Beteiligungsrat als Beratungs- und Kontrollgremium. Ausgeloste Bürger/innen, Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung sowie Expert/innen beraten den Prozess der strukturierten Bürgerbeteiligung. Auf der einen Seite befasst sich der Beteiligungsrat mit ausgewählten Beteiligungsprojekten, begleitet diese aktiv, gibt dort Impulse und bewertet die Beteiligungsansätze. Auf der anderen Seite wird die strukturelle Verankerung der Bürgerbeteiligung begleitet.

2. Beteiligungsrat als Beteiligungsgremium

Beteiligungsrat wirkt als Beteiligungsgremium, in dem ausgeloste Bürger/innen einzelne Beteiligungsprojekte begleiten und hinsichtlich der Form der Bürgerbeteiligung Vorschläge formulieren, Impulse geben und kritische Aspekte identifizieren. Der Beteiligungsrat wird professionell moderiert und dient als eine Form der Mitwirkung von Bürger/innen. Es tagt öffentlich und stellt somit ein Forum dar, an dem auch nicht berufene Bürger/innen mitwirken können und ihre Ideen einbringen. Es gibt gewissermaßen einen engeren Kreis (die gelosten Personen des Beteiligungsrats) und einen erweiterten Diskussionskreis (interessierte Bürger/innen und Beteiligungsrat).

3. Beteiligungsrat als Expertenforum

Der Beteiligungsrat verfolgt (auch unter Beteiligung von Bürger/innen) das Ziel, den Prozess der Etablierung einer Beteiligungskultur kritisch zu begleiten, auf Veränderungsbedarfe hinzuweisen und Impulse in das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ hineinzugeben. Er agiert nicht primär einzelprojektbezogen, sondern fokussiert auf die strukturelle Verankerung der Bürgerbeteiligung (Metaebene). Der Beteiligungsrat tagt nicht öffentlich. Ergänzt wird seine sowie die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung durch eine jährlich stattfindende Bürgerkonferenz, bei der sich beide Einrichtungen der Öffentlichkeit vorstellen und die Bürgerschaft ihre Anregungen formulieren kann.

⁴ Beachten Sie auch den Bericht des Beteiligungsrats auf Seite 29.



Anhang

Grundsätze der Beteiligung in Potsdam

1. Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen
2. frühzeitige Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner
3. niedrigschwellige Informationsbereitstellung
4. angemessene Kommunikationskultur
5. Aktivierung von Einwohnerschaft und Verwaltung zur Beteiligung
6. Fördern einer Anerkennungskultur
7. Herstellung von Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen

Steckbriefe der Beteiligungsprozesse

Nachfolgend findet sich eine Auswahl an Steckbriefen zu Beteiligungsprozessen, mit denen sich die WerkStadt für Beteiligung im vergangenen Jahr beschäftigt hat. Die Steckbriefe sind in der Reihenfolge des Verfahrensbeginns sortiert. Einige der beschriebenen Prozesse sind noch nicht abgeschlossen, in diesen Fällen geben die Steckbriefe den Stand vom Januar 2015 wieder.

Erklärung zum Aufbau der Steckbriefe

Alle Steckbriefe sind nach dem folgenden Muster aufgebaut

Einordnung	Hier finden Sie eine kurze Erläuterung, wie die WerkStadt für Beteiligung diesen Prozess in die eben erläuterten Kategorien einordnet.
angestoßen durch...	Hier finden Sie Angaben dazu, wer den beschriebenen Prozess eingeleitet hat.
betreut durch...	Hier wird benannt, wer im WerkStadt für den beschriebenen Prozess zuständig ist.
Rolle der WerkStadt	Hier finden Sie eine Beschreibung der Aufgaben, die die WerkStadt für Beteiligung im beschriebenen Prozess wahrgenommen hat.
Anlass	Hier finden Sie eine Erläuterung zum Anlass, der Ausgangssituation und den Hintergründen des beschriebenen Prozesses.
Ziele	Hier finden Sie in Schlagworten die wichtigsten Ziele des beschriebenen Prozesses.
Verlauf und Methode	Hier finden Sie Angaben zum Ablauf des Prozesses und den eingesetzten Veranstaltungsmethoden und Arbeitsweisen.
Beteiligte	Hier finden Sie eine Aufstellung der wichtigsten Beteiligten des beschriebenen Prozesses.
Ergebnisse	Hier finden Sie Angaben zu den inhaltlichen Ergebnissen des Prozesses und seinen Auswirkungen.
Stärken und Schwächen	Hier finden Sie eine wertschätzende Beurteilung zu den Stärken, Schwächen und besonderen Herausforderungen, die den beschriebenen Prozess aus Sicht der WerkStadt auszeichnen.
weiter informieren	In diesem Feld finden Sie Angaben, wo Sie sich zu diesem Prozess weiter informieren können.

November 2013

Neue Nachbarschaften in Potsdam-West

Einordnung

Stadtteilkonferenz | Bottom-Up

angestoßen durch...

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. und engagierte Einwohnerinnen und Einwohner

betreut durch...

Kay-Uwe Kärsten

Rolle der WerkStadt

Unterstützung bei Vorbereitung, Konzeptionierung, Durchführung, Moderation und Auswertung

Anlass

Bereits im Jahr 2013 hatte die Landeshauptstadt Potsdam die Aufgabe eine steigende Zahl von geflüchteten Menschen aufzunehmen, unterzubringen und in das Leben der Stadt zu integrieren. Zum Ende des Jahres eröffnete eine der ersten neuen Unterkünfte als Wohnungsverbundsystem in der Haeckelstraße. Als Reaktion auf diese Ankündigung seitens der Stadtverwaltung fanden sich unter dem Dach des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V. Einwohnerinnen und Einwohner zusammen, um sich nachbarschaftlich engagiert mit und für die geflüchteten Menschen im Haeckelkiez einzusetzen. So entstand der akute Bedarf diese vielen Menschen zusammenzubringen, die unterschiedlichen Projektideen zu koordinieren und mit dem sozialen Träger, der für die Unterbringung zuständig ist, abzustimmen.

Ziele

- Aufbau eines ehrenamtlichen Netzwerks zur Flüchtlingsunterbringung
- Sammlung von Projektideen
- Koordination mit dem sozialen Träger vor Ort

Verlauf und Methode

Die Stadtteilkonferenz am 23. November 2013 nutzte eine lockere Marktplatzmethode. Dabei stellten alle Teilnehmenden ihre jeweiligen Ideen vor und warben um Unterstützung. In vielen kleinen Arbeitsgruppen wurden anschließend die konkrete Umsetzung und die Verantwortlichkeiten für die Projekte besprochen und vereinbart. Im Anschluss wurden alle Ergebnisse sorgfältig dokumentiert und den Teilnehmenden als weitere Arbeitsgrundlage unmittelbar zur Verfügung gestellt.

Beteiligte

- Mitarbeitende des Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. und des Internationalen Bundes als Träger der Flüchtlingsunterbringung
- Einwohnerinnen und Einwohner

Ergebnisse

- es nahmen etwa 60 Einwohnerinnen und Einwohner aus Potsdam-West teil
- es entstanden 12 Projektideen und Arbeitsgruppen zur Umsetzung
- eine Kontaktliste mit 35 Einträgen als Grundstock für den Aufbau des nachbarschaftlichen Netzwerkes
- Projekte werden auch nach einem Jahr noch fortgeführt
- es entstand eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Netzwerk und dem Internationalen Bund

Stärken und Schwächen

Das große nachbarschaftliche Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner aus Potsdam-West ist exemplarisch und für eine gelungene und menschenwürdige Willkommenskultur und Inklusion geflüchteter Menschen in Potsdam unersetzlich. Es besteht aber ein großer Koordinations- und Unterstützungsaufwand seitens einer vor Ort verankerten professionellen Struktur (in diesem Fall dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West) sowie eine beständigen Abstimmung mit dem Träger der Unterbringung und am wichtigsten den Geflüchteten selbst. Da ungerichtete Spenden und überschwängliche Projektangebote schnell nicht nur an den eigentlich Bedürfnissen vorbeigehen sondern die geflüchteten Menschen und die sozialen Träger sogar belasten können, ist eine sorgfältige Abwägung, ein stetiger Austausch, eine gute Koordination und eine behutsame, respektvolle Annäherung aneinander von großer Wichtigkeit.

weiter informieren

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

Tel. 0331 / 588 12 57 | info@stadtteilnetzwerk.de

<http://www.stadtteilnetzwerk.de/neuenachbarschaften/n-n-/>



seit November 2013

Informationsveranstaltung zur Flüchtlingsunterbringung

Einordnung

Informationsveranstaltungen | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 38 Soziales und Gesundheit

betreut durch...

Sebastian Karnstaedt

Rolle der WerkStadt

Beratung, Vermittlung einer Moderation, beobachtende Teilnahme

Anlass

Wie dem Flüchtlingsbericht der Organisation Pro Asyl zu entnehmen ist, gibt es aktuell etwa 35 bewaffnete Konflikte und Kriege weltweit. Das führt dazu, dass sich etwa 45 Millionen Menschen auf der Flucht befinden. Auch in Deutschland beantragen daher viele Menschen Asyl – im Jahr 2014 etwa 202.000. Die Kommunen haben die Aufgabe, die Flüchtlinge während der Prüfung der Asylanträge willkommen zu heißen, menschenwürdig unterzubringen und in das soziale Leben zu integrieren. In Potsdam müssen 2015 voraussichtlich 450 Menschen untergebracht werden. Die Landeshauptstadt prüft, in welchen Objekten und an welchen Orten dies geschehen kann. Die in der Nähe wohnenden Potsdamerinnen und Potsdamer werden zu Informationsveranstaltungen eingeladen, um sie möglichst umfassend darüber zu informieren, dass es bald neue Nachbarinnen und Nachbarn gibt.

Ziele

- umfassend und verständlich über die geplante Flüchtlingsunterbringung informieren

Verlauf und Methode

- Jede Kommune bekommt durch das Bundesland (hier Brandenburg) zugewiesen, wie viele Asylsuchende aufzunehmen sind.
- Die Stadtverwaltung Potsdam prüft bebaute oder unbebaute Objekte auf ihre Eignung für die Unterbringung von Asylsuchenden.
- Die zukünftigen Unterkünfte werden durch ein Gremium ausgewählt und durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Grundlage für die Auswahl geeigneter Unterkünfte ist das Integrationskonzept und das Wohnunterbringungskonzept.
- Sobald ein geeignetes Objekt gefunden und beschlossen ist, bereitet der Geschäftsbereich 3 (Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung) eine Informationsveranstaltung in dem Stadtteil vor.
- Anknüpfend daran startet ein Verfahren zur Auswahl eines sozialen Trägers, der die Betreuung der Asylsuchenden vor Ort übernimmt.
- Sobald ein Träger gefunden ist, findet eine zweite Informationsveranstaltung im Stadtteil statt, bei der sich der Träger vorstellt.

- In Absprache mit der Koordinierungsstelle in Eisenhüttenstadt (dort ist die Erstaufnahmestelle für Asylsuchende) und der Landeshauptstadt Potsdam werden die Asylsuchenden in die Wohnungen untergebracht.

Beteiligte

- Fachbereich 38 (Soziales und Gesundheit)
- WerkStadt für Beteiligung als Beraterin und Beobachterin der Veranstaltungen
- Einwohnerinnen und Einwohner der Stadteile als Teilnehmende

Ergebnisse

In einer Reihe von Informationsveranstaltungen wurde im vergangenen Jahr in vielen Stadtteilen über die bevorstehenden Herausforderungen und nächsten Schritte bei der Unterbringung von Flüchtlingen informiert.

weiter informieren

<https://potsdam.de/willkommen>



November 2013 bis Juni 2014

Initiative Alte Brauerei

Einordnung

Organizing | Bottom-Up

angestoßen durch...

Kreativschaffende in der Alten Brauerei

betreut durch...

Thomas Geisler

Rolle der WerkStadt

Beratung, Moderation, Schulung/Training, wissenschaftliche Unterstützung bei der Erstellung einer Studie

Anlass

Im November 2013 haben die Kreativschaffenden in der Alten Brauerei (Albert-Einstein-Str. 1-9) die Kündigung ihrer Räume erhalten. Der private Eigentümer möchte das zuletzt als Kunst- und Atelierhaus genutzte Gebäude sanieren und als Eigentumswohnungen weiterverkaufen. Über 100 Kreative waren mit dem Verlust ihrer Schaffensräume konfrontiert. Die Initiative trat in die Öffentlichkeit, um auf die Notsituation der Kreativszene aufmerksam zu machen.

Ziele

Die Initiative hatte es sich zum Ziel gemacht, eine Sensibilisierung für die Raumproblematik in der Stadtgesellschaft zu schaffen, Kontakte zu knüpfen und eine Netzwerkstruktur aufzubauen. Zentrales Anliegen war es, Ersatz für die Kreativräume in der Alten Brauerei zu finden.

Verlauf und Methode

- **Gründung** der Initiative Alte Brauerei am 1. November 2013; die WerkStadt wurde um Unterstützung bei der Selbstorganisation und der Herstellung von Verhandlungs- und Kampagnenfähigkeit gebeten
- **Onlineumfrage** „Kreativraum in Potsdam 2014“ wurde vom 15. Februar bis 31. März 2014 durchgeführt
- Einrichtung einer **Online-Datenbank**, um Orte zu sammeln an denen eine künstlerische Nutzung möglich sein könnte. Insgesamt konnten 104 Objekte identifiziert werden. Für stadteigene Objekte vermittelte die WerkStadt Kontakte zwischen Initiative und Verwaltung
- **Flashmob** auf der Brandenburger Straße am 1. März 2014
- öffentliche Probe von Kreativschaffenden vor dem Landtag am 18. März 2014
- Veröffentlichung der Studie „Kreativraum in Potsdam 2014“ zu den verschiedenen Bedarfen von Kreativschaffenden am 1. April 2014
- **Tag der offenen Brauerei** am 5. April 2014 und „Zapfenstreich“ (letzter Tag) in der Alten Brauerei am 26. April 2014
- **Gründung der Kulturlobby** am 5. Juni 2014 als Interessenvertretung der Kreativschaffenden in Potsdam

Beteiligte

- Kreativschaffende der Alten Brauerei aus ganz Potsdam und private Unterstützung
- Landeshauptstadt Potsdam Fachbereich 24 Kultur und Museum
- Kommunalen Immobilien Service

Ergebnisse

Der Initiative Alte Brauerei ist es gelungen, ihr Anliegen in die Stadtgesellschaft zu tragen und eine stadtweite Diskussion anzuregen. Die zuvor vereinzelt handelnden Kreativschaffenden haben sich in einer gemeinsamen Interessenvertretung organisiert. Der dabei entstandene Austausch zwischen Kreativschaffenden und Verwaltung hat sich verstetigt. In Potsdam Babelsberg wurde zudem ein Objekt zur ersatzweisen Nutzung als Kreativraum von einem privaten Förderer zur Verfügung gestellt.



weiter informieren

<http://kulturlobby.de/2014/04/bedarfsanalyse-kreativraum-in-potsdam-2014-veroeffentlicht>

seit Februar 2014

Leitbild für Potsdam

Einordnung

mehrstufiger Mitwirkungsprozess | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam

- Fachbereich 92 Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- Fachbereich 14 Steuerung und Innovation

betreut durch...

Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Grobkonzept, laufende Begleitung und Unterstützung, Zusammenarbeit mit beauftragten Unternehmen

Anlass

Um für die Herausforderungen durch des steten Wachstums Potsdams besser gewappnet zu sein, hat die Stadtverordnetenversammlung die Erarbeitung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt beschlossen. Darin werden gesamtstädtische Ziele und Visionen formuliert sein, an denen sich die Haushaltsplanungen von Verwaltung und kommunalen Unternehmen künftig orientieren. Das Leitbild soll unter intensiver Einbeziehung der Öffentlichkeit erarbeitet werden.

Ziele

- Erarbeitung eines an den Wünschen und Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichteten Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam

Verlauf und Methode

- **Beginn der Planung** im Herbst 2013; von der WerkStadt unterstützt seit Februar 2014
- **Vorstellung des Grobkonzepts** auf einer Veranstaltung und bei weiteren Organisationen im Sommer 2014
- **Befragung von etwa 140 Expertinnen und Experten** zu ihren Ideen für ein Leitbild und **repräsentative Befragung von Einwohnerinnen und Einwohnern** über die jährliche Bürgerumfrage zu ihren Erwartungen und Wünschen im Herbst 2014
- **1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung** mit 2x5 Veranstaltungen am 17./18. April 2015; dazu ein begleitender Online-Dialog (in Planung)
- **2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung** mit etwa 5 themenorientierten Veranstaltungen im Juni 2015; dazu ein begleitender Online-Dialog (in Planung)
- **3. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung** mit bis zu 3 Veranstaltungen zur Diskussion des Leitbildentwurfs im September 2015; dazu ein begleitender Online-Dialog (in Planung)
- **Beschlussfassung** des neuen Leitbildes (voraussichtlich November 2015)

Beteiligte

- Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Vertreterinnen und Vertreter des Beteiligungsrates im Lenkungsgremium fällen strategische Entscheidungen
- Vertreterinnen und Vertreter von kommunalen Unternehmen, verschiedenen Verwaltungsbereichen, dem Beteiligungsrat in der Projektgruppe sowie Frau Prof. Pröller und Herr Prof. Siegel beraten und unterstützen bei der Umsetzung
- Projektleitung, Geschäftsstelle und beauftragte Unternehmen, Lehrende und Studierende der FH Potsdam unterstützen die Leitbildentwicklung durch fachliche Zuarbeiten
- Einwohnerinnen und Einwohner, Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Verbänden, Vereinen und weiteren Organisationen bringen sich mit Vorschlägen und Ideen in den Diskussionsprozess ein

Ergebnisse

Die Hinweise der Veranstaltung im Sommer 2014 wurden überwiegend in die weitere Planung aufgenommen. Die geplante breite Öffentlichkeitsbeteiligung ist im Januar 2015 noch nicht angelaufen, insofern liegen noch keine Ergebnisse zu dem Beteiligungsprozess vor.

Stärken und Schwächen

Eine abschließende Bewertung ist noch nicht möglich, da das Verfahren zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung noch läuft.

weiter informieren

<https://potsdam.de/Leitbild>



seit Februar 2014

Seniorenplan

Einordnung

begleitende Konsultation | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 38 Soziales und Gesundheit

betreut durch...

Kay-Uwe Kärsten

Rolle der WerkStadt

Beratung, Schulung, Moderation, teilnehmende Beobachtung und Auswertung

Anlass

Angesichts der Herausforderungen einer alternden Bevölkerung möchte die Landeshauptstadt Potsdam einen Seniorenplan erarbeiten.

Ziele

- Schwerpunkte und Entwicklungsmöglichkeiten des Seniorenplans ergebnisoffen zusammen mit den Betroffenen bestimmen
- Gemeinsame Planung von bereits vorgesehenen Maßnahmen mit den Betroffenen aber auch den in der Seniorenfürsorge tätigen Professionen
- Aufbau eines breiten Netzwerks zur Verbesserung der Seniorenfürsorge

Verlauf und Methode

- Die Konferenzreihe „Was heißt hier alt? Wir sind die Zukunft!“ in vier unterschiedlichen Stadtteilen bildete im Februar 2014 den Auftakt. An jeder Konferenz nahmen zwischen 20 und 40 Personen teil. Zudem fanden zur vor Ort Besichtigung Stadtteilspaziergänge statt.
- Im Anschluss bildeten sich vier Arbeitsgruppen („Gesundheit“, „Wohnen“, „Kommunikation/Bildung/Begegnung“ und „Arbeit im Ruhestand“) um Ziele und Maßnahmen mit den Teilnehmenden zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppen trafen sich im Laufe des weiteren Jahres 2014 insgesamt je 4 Mal.
- Die Ergebnisse wurden am 25. November 2014 im Rahmen einer Fachwerkstatt mit ausgewählten Teilnehmenden aus unterschiedlichen Berufsgruppen und Disziplinen weiterentwickelt.
- Auf Grundlage der gewonnenen Hinweise Erarbeitung des Entwurfs des Seniorenplans durch die Fachverwaltung (seit Dezember 2014).
- Der Entwurf soll in einer Abschlusskonferenz vorgestellt und diskutiert werden. Die daraus gewonnene endgültige Entwurfsfassung wird anschließend an die Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss übergeben (in Planung).

Beteiligte

- Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 38 Soziales und Gesundheit als Fachverwaltung
- Seniorinnen und Senioren, der Seniorenbeirat als Teilnehmende
- Vertreterinnen und Vertreter der mit der Seniorenfürsorge befassten Berufsgruppen und Einrichtungen

Ergebnisse

Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, derzeit wird der erste Entwurf des Seniorenplans erarbeitet. In der bisherigen Beteiligung konnte aber bereits ein breiter Dialog mit in der Seniorenfürsorge Tätigen sowie der Zielgruppe selbst geführt werden.

Stärken und Schwächen

Der Beteiligungsprozess ist gut geplant und breit aufgestellt. Dies sind gute Voraussetzungen für eine wirksame Einbindung der Betroffenen und die gemeinsame Erarbeitung des Seniorenplans. Als nicht planbare Verzögerung hat sich im Verlauf des Jahres 2014 die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen ergeben, die in der Zuständigkeit des gleichen Fachbereichs liegt. Hierdurch können derzeit nicht so viele zeitliche Ressourcen aufgebracht werden, wie ursprünglich vorgesehen. Aus diesem Grund ist voraussichtlich mit einer Verzögerung der weiteren Beteiligung zu rechnen. Es kann aber aufgrund des hohen und professionellen Engagements der zuständigen Mitarbeiterinnen davon ausgegangen werden, dass der Seniorenplan im Laufe des Jahres 2015 fertig gestellt wird.

weiter informieren

Landeshauptstadt Potsdam, Juliane Nachtmann
Tel. 0331 / 289 – 2448

seit Oktober 2014

Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Karree, Brauhausberg/Einsteinstr., Grünstr./Großbeerenstr.

Einordnung

Mehrstufiger Mitwirkungsprozess & Organizing | Top-Down

angestoßen durch...

ProPotsdam GmbH

betreut durch...

Kay-Uwe Kärsten

Rolle der WerkStadt

Die WerkStadt koordiniert den Dialog, bindet alle Beteiligten ein und steht ihnen fachlich beratend sowie unterstützend zur Seite. Die WerkStadt entwarf den ursprünglichen Ablaufplan für den Prozess.

Anlass

Im November 2013 erhielt die ProPotsdam nach einem langjährigen Rechtsstreit entgegen ihrer Erwartung das Eigentum an drei sanierungsbedürftigen Wohnsiedlungen: Grünstr./Großbeerenstr., Brauhausberg/Einsteinstr., Behlert-Karree zugesprochen. Alle drei Siedlungen (338 Wohnungen) sind in unterschiedlichem Maße sanierungsbedürftig. Ausreichende Mittel zur Sanierung stehen der ProPotsdam derzeit nicht zur Verfügung. Zudem haben die Wohnsiedlungen aufgrund des entstandenen Sanierungsstaus einen niedrigen Ausstattungsstandard und daher vergleichsweise niedrige Mieten. Vor diesem Hintergrund fasste die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Drucksache 13/SVV/0493 den Beschluss, das von einem Verkauf der Siedlungen am Brauhausberg und dem Behlert-Karree abzusehen ist und das diese sozialverträglich zu sanieren sind, wobei alle möglichen Förderinstrumente in Betracht gezogen und das Instrument einer Milieuschutzsatzung berücksichtigt werden solle. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses begegnen sich unterschiedliche Ansprüche und Perspektiven. Einerseits wollen die Mieterinnen und Mieter sozialverträgliche Mieten langfristig in ihren innerstädtischen Quartieren sowie die soziale Durchmischung vor Ort erhalten. Andererseits muss die ProPotsdam die Wohnsiedlungen sanieren, um die Bausubstanz zu sichern und langfristig vermietbar zu erhalten. Hinzu treten die hohen Kosten je nach Art der Sanierung, die dann entsprechend ansteigenden Mieten, gewisse Sanierungsstandards als Voraussetzungen zur Sicherung sozialverträglicher Mieten und für mögliche Förderungen der Bautätigkeit seitens des Landes Brandenburg und anderer Einrichtungen sowie der ohnehin stattfindende Diskurs zum Thema Wohnungspolitik in der Landeshauptstadt Potsdam. Die Verständigung um die Heidesiedlung ist als Vorläuferprozess mit ähnlichen Bedingungen zu betrachten.

Ziele

Der Dialogprozess soll alle beteiligten Interessengruppen in einem sachlichen Dialog zusammenbringen und die chancengleiche Verhandlung der komplexen Thematik ermöglichen. Die gegenseitigen Positionen sollen ausgetauscht und Möglichkeiten gemeinsamer Handlungsansätze ausgelotet werden. Zudem soll die Entstehung von konfliktverhütenden Strukturen angeregt und eine ausgewogene Eingabe für die weiterführende Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung geschaffen werden.

Verlauf und Methode

- Im Vorfeld des Prozesses war es notwendig, die Dialogbereitschaft der Beteiligten abzuprüfen, die Relevanz sowie die Chancen und Begrenzungen des Beteiligungsverfahrens zu erfassen und zu kommunizieren sowie einen fundierten Vorschlag für einen möglichen Ablauf des Verfahrens zu erarbeiten. Hierzu führte die ProPotsdam im April 2014 erste Informationsveranstaltungen durch und führte eine Befragung zum Sozialstatus der Mieterschaft durch.
- Als Einstieg in den eigentlichen Dialogprozess wurde am 11. Oktober 2014 eine Tagung veranstaltet, auf der thematische Fragen von unabhängigen Expertinnen und Experten sowie von Fachleuten aus der Stadtverwaltung beantwortet wurden. Es entstand eine Dokumentation, die im weiteren Prozess den Beteiligten als Nachschlagewerk dienen kann.
- Im zweiten Arbeitsschritt begegneten sich in moderierten Arbeitsgruppen im November 2014 jeweils Vertreterinnen und Vertreter der drei Wohnsiedlungen und der ProPotsdam. Es fand ein Austauschen zu den gegenseitigen Positionen und den möglichen Zukunftsszenarien für die Wohnsiedlungen seitens der ProPotsdam statt.
- In einem dritten Arbeitsschritt befinden sich zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung die Mieterinnen und Mieter in der Auswertung der durch die ProPotsdam bereitgestellten Informationen und formulieren in einem gemeinsamen Arbeitsprozess ihre Forderungen und Lösungsansätze.
- Im Prozessablauf ist als nächster Schritt eine Konferenz geplant, auf der die Mieterinnen und Mieter sowie die ProPotsdam die Politik und Verwaltung gleichberechtigt auf den Zwischenstand des Dialoges bringen und diese hierzu Stellung nehmen sowie ihrerseits inhaltliche Impulse geben können.
- Anschließend an die Konferenz ist erneut ein Zusammentreffen in Arbeitsgruppen aus Mieterinnen und Mietern und der ProPotsdam geplant – wobei hier auf Basis der Ergebnisse der Konferenz Lösungsansätze ausgelotet werden können.
- Schließlich soll an einem Runden Tisch die Möglichkeit entstehen gemeinsam mit Politik und Verwaltung die Situation auszuwerten, Konfliktlinien zu bearbeiten und einen Lösungsansatz zu entwickeln, der durch die Stadtverordnetenversammlung getragen werden kann. Dieser Lösungsansatz soll dann in den letztlich entscheidenden politischen Geschäftsgang eingespeist werden.

Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Karree, Brauhausberg/Einsteinstr., Grünstr./Großbeerenstr.

Beteiligte

- Initiative Großbeerenstraße / Grünstraße
- Initiative Brauhausberg / Einsteinstraße
- Initiative Behlert-Gutenberg-Karree
- ProPotsdam GmbH
- Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam
- Stadtverordnetenversammlung

Ergebnisse

Der Prozess ist nicht abgeschlossen und inhaltliche Ergebnisse liegen noch nicht vor. Bis zum Januar 2015 konnte trotz schwieriger Vorbedingungen bereits ein Dialog in Gang gebracht werden. Es wurden Informationen zum komplexen Thema zusammengestellt, aufbereitet, vermittelt und in den Dialog einbezogen. Zudem wurden die grundsätzlichen Positionen zwischen ProPotsdam und Initiativen ausgetauscht und die Entstehung erster konfliktverhütender Strukturen angeregt.

Zudem wurden ProPotsdam und Initiativen intensiv durch die Werkstatt im Sinne des Organizing begleitet.

Stärken und Schwächen

Dieser Prozess birgt die Möglichkeit ein komplexes und stadtpolitisch relevantes Thema mit vielen unmittelbar betroffenen Personen zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen. Zudem kann eine diesbezügliche Entscheidung im politischen Raum durch die Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter vor Ort im Austausch mit der ProPotsdam um eine ausgewogene und sachlich erörterte Perspektive zusätzlich bereichert werden.

Eine große Herausforderung im Prozess ist neben der Komplexität des eigentlichen Themas auch die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Logiken der Beteiligten. Während sich die ProPotsdam als kommunalwirtschaftlich organisiertes Unternehmen dem Thema aus ihrer professionell-ökonomischen Arbeitsrealität heraus annähert, vertreten die Mieterinnen und Mieter aus ihrer jeweiligen basisdemokratisch-werteorientierten Lebensrealität heraus ihre unmittelbaren Interessen. Die Aushandlung von Terminen ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ansätze – beruflich organisiert bei der ProPotsdam, ehrenamtlich bei den Initiativen – immer wieder ein Reibungspunkt, der den Ablauf des Prozesses gefährden kann. Die hiermit verbundene starke zeitliche Belastung fangen alle Beteiligten dabei stets aufs Neue durch ihre hohe persönliche Einsatzbereitschaft auf.

Grundsätzlich bekennen sich alle Beteiligten zum Prozess und sehen jeweils aus ihrer Perspektive die Möglichkeit eines sachlichen, strukturierten und moderierten Dialoges als gewinnbringend an. Auch wenn es sich in diesem Prozess um ein reines Dialogverfahren und nicht um eine Verhandlung von Entscheidungen handelt, kann doch eine zwingend notwendige Entscheidung im politischen Raum durch den Prozess wirkungsvoll unterstützt und gemeinsam mit der stadtweiten Perspektive der Stadtverordneten nach einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung gesucht werden.

weiter informieren

Weitere Informationen stehen noch nicht zur Verfügung. Die Konferenz wird jedoch eine öffentliche Veranstaltung sein. Die Dokumentation der Tagung vom 11. Oktober 2014 ist in der WerkStadt auf Anfrage erhältlich.

März bis August 2014

Stadtteilkonferenz im Schlaatz

Einordnung

Stadtteilkonferenz | Top-Down

angestoßen durch...

Friedrich-Reinsch-Haus, Ort der Generationen und Kulturen

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Prozessbegleitung, Vorbereitung, Moderation an den Themenwänden, Nachbereitung

Anlass

2010 fand die erste Nachbarschaftskonferenz im Schlaatz statt, bei der unter reger Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner viele Projekte angestoßen wurden. Diese gute Erfahrung sollte im Juli 2014 mit einer neuen Stadtteilkonferenz wiederholt werden.

Ziele

- Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Bedarfe und Ziele für den Stadtteil bestimmen.
- Konkrete Ideen für Projekte sammeln und ehrenamtliches Engagement zu deren Umsetzung anstoßen.

Verlauf und Methode

- **Planung der Konferenz** im Frühjahr 2014 durch eine Vorbereitungsgruppe verschiedener im Stadtteil tätiger Einrichtungen und Gruppen sowie der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam.
- Die professionell moderierte **Stadtteilkonferenz** wurde umrahmt von einem bunten musikalischen Programm, das am Schlaatz tätige Initiativen gestalteten.
- Wenige Tage nach der Konferenz kam die Vorbereitungsgruppe in einem **Auswertungstreffen** zusammen, bei dem ebenfalls in Kleingruppen konkrete Projekte weiter behandelt wurden.

Beteiligte

- Friedrich-Reinsch-Haus
- Soziale Stadt e.V.
- Wildwuchs Streetwork
- Stadtkontor GmbH
- Einwohnerinnen und Einwohner
- zuständige Fachverwaltung Geschäftsbereich 4
- Jugendclub Alpha
- Pro Potsdam GmbH
- und viele weitere

Ergebnisse

An der Stadtteilkonferenz nahmen etwa 50 Personen teil. Bei der lebendigen Diskussion entstanden viele konkrete Projektideen. Beispielhaft sei hier der lebendige Adventskalender oder ein Frühjahrsputz im Stadtteil genannt. In welchem Umfang die gesammelten Projektideen umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Stärken und Schwächen

Die Stadtteilkonferenz am Schlaatz entwickelt sich zu einer festen Einrichtung, durch die Beteiligung im Stadtteil verstetigt werden kann. Kritisch ist festzuhalten, dass vor allem ältere Einwohnerinnen und Einwohner teilnahmen wohingegen sich Jüngere kaum eingebracht haben. Bei der Erarbeitung eines Formates für alle Altersgruppen gibt es hier noch deutliche Entwicklungspotenziale.

weiter informieren

Friedrich-Reinsch-Haus
Tel. 0331 / 55 04 169

März bis September 2014

Aktivierende Befragung Am Stern

Einordnung

Umfrage | Top-Down

angestoßen durch...

Stadtkontor GmbH,
im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 466 Stadterneuerung

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Begleitung des Gesamtprozesses und Unterstützung bei der Durchführung

Anlass

Im Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt wurde seit 1999 eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens Am Stern gestartet. Da die letzten Maßnahmen aus dem ursprünglichen Förderungsprogramm kurz vor dem Abschluss stehen, sollte erfasst werden, wie die Einwohnerinnen und Einwohner Am Stern den Erfolg der Maßnahmen einschätzen und wo noch Handlungsbedarfe gesehen werden. Zudem sollten Hinweise für die Weiterentwicklung des Konzeptes des Nachbarschafts- und Begegnungshauses Stern*Zeichen gesammelt werden.

Ziele

Mit der Befragung sollten folgende Fragen genauer beleuchtet werden:

- Wie bekannt sind die verschiedenen sozialen Einrichtungen im Stadtteil und wie intensiv werden diese genutzt?
- Auf welche Weise möchten die Einwohnerinnen und Einwohner des Sterns am liebsten über die Angebote der Einrichtungen im Stadtteil informiert werden?
- Welche Angebote Am Stern können verbessert werden können welche fehlen gänzlich?
- Wie groß ist die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit in den verschiedenen Einrichtungen im Stadtteil?

Verlauf und Methode

- Bei der **Stadtteilwerkstatt** am 13. November 2013 wird die Durchführung einer aktivierenden Befragung beschlossen.
- In mehreren Vorbereitungsrounds erarbeitet der Stadtkontor gemeinsam mit kooperierenden Einrichtungen und der WerkStadt den Fragebogen
- Die **Umfrage** selbst wurde mit der Unterstützung vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer aus den sozialen Einrichtungen Am Stern sowie der WerkStadt zwischen Mai und Juni 2014 mittels Papierbögen (etwa 350 Befragte) sowie online (80 Befragte) durchgeführt.
- Das Kinder- und Jugendbüro führte begleitend an der Grundschule am Pappelhain das **Projekt „Kinder befragen Kinder Am Stern“** durch.
- Die **Ergebnisse der Befragung** wurden am 14. Oktober 2014 bei einer Informationsveranstaltung im Stern*Zeichen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Beteiligte

- Mitarbeitende der Stadtkontor GmbH, der WerkStadt für Beteiligung und dem Kinder- und Jugendbüro des SJR sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer
- Bewohnerinnen und Bewohner des Sterns als Befragte

Ergebnisse

Etwa 80 % der Befragten äußerten sich zufrieden mit dem Zusammenleben Am Stern. Den höchsten Bekanntheitsgrad Am Stern genießen die Bibliothek, das Kiezbad und die Sternkirche. Nur etwa die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr Informationen und nur etwa jede fünfte Person wäre zu ehrenamtlicher Mitarbeit bereit. Den teilnehmenden Kindern war besonders eine stärkere Einbeziehung bei der Planung von Baustellenumgehungen wichtig.

Stärken und Schwächen

Die Umfrage war ein niedrigschwelliges Instrument, mit dem viele Personen erreicht wurden. Allerdings erhielten die Ergebnisse kaum öffentliche Aufmerksamkeit, was daran liegen könnte, dass die Vorstellung dieser kaum beworben wurde.

Weiterhin bleibt unklar, ob und in welcher Form die Erkenntnisse aus der Befragung bei der Arbeit im Stadtteil sowie im Stern*Zeichen weiter berücksichtigt werden.

weiter informieren

Stadtkontor GmbH, Kathrin Feldmann
Tel. 0331 / 743 57 - 0

April 2014

Messe Drewitz

Einordnung

Informationsveranstaltung | Top-Down

angestoßen durch...

oskar. – Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz

Landeshauptstadt Potsdam, Geschäftsbereich 4 Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

unterstützende Moderation und teilnehmende Beobachtung

Anlass

Aufgrund von Protesten im Stadtteil entschloss sich die Landeshauptstadt Potsdam 2010 ihr städtebauliches Konzept für die „Gartenstadt Drewitz“ zur Gartenstadt um verschiedene Beteiligungsprozesse zu ergänzen. Neben der Wahl einer Stadtteilvertretung wurden viele Veranstaltungen, Werkstätten und Planungsrunden mit der Zivilgesellschaft vor Ort durchgeführt. Ein Ergebnis dieses Prozesses war Vereinbarung von regelmäßigen Vorstellungen der aktuellen Entwicklungen und Arbeitsständen im Stadtteil.

Ziele

- Information über die aktuelle Entwicklung und die nächsten Schritte beim Umbau von Drewitz zur Gartenstadt
- Rückmeldung zu Problemen und Konflikten erhalten

Verlauf und Methode

- Die Messe Drewitz am 26. April 2014 hatte das Format einer Messe, auf der in insgesamt 6 Räumen an moderierten Tischen gemeinsam mit Expertinnen und Experten zu folgenden Themen gesprochen werden konnte: Planung „Grünes Kreuz“, Energiekonzept Drewitz, Parkraumbewirtschaftung, Verkehrssicherheit, Baumaßnahmen der Wohnungsunternehmen, Beteiligung.
- An den zwei über den Tag verteilten Durchläufen nahmen etwa 100 Personen teil.

Beteiligte

- oskar. und Landeshauptstadt Potsdam als Organisatoren
- Landeshauptstadt Potsdam und ansässige Wohnungsunternehmen als Expertinnen und Experten
- Einwohnerinnen und Einwohnern der Gartenstadt Drewitz als Teilnehmende

Ergebnisse

Es konnte niedrigschwellig zu den aktuellen Entwicklungen und Vorhaben informiert werden. Gleichzeitig bekamen die Organisatoren an jedem Thementisch ein gutes Bild, welche Probleme die Teilnehmenden beschäftigen. Bei einer Befragung gaben etwa zwei Drittel der Befragten an, mit der Veranstaltung und dem gewählten Format zufrieden gewesen zu sein.

Stärken und Schwächen

Die Veranstaltung und das gewählte Format haben gut funktioniert, alle wichtigen Organisationen (Verwaltung, Unternehmen) waren vor Ort vertreten. Das Format war eine gelungene Form der Informationsvermittlung und sollte verstetigt werden.

Kritisch ist anzumerken, dass die inhaltlichen Rückmeldungen der Teilnehmenden nicht geordnet aufbereitet und veröffentlicht wurden. Es besteht daher das Risiko, dass die gewonnenen Hinweise sich nicht im Handeln der Unternehmen und der Verwaltung niederschlagen. Zudem sollte die Messe nur ein Baustein zur umfassenden Information der Drewitzerinnen und Drewitzer sein.

weiter informieren

oskar. – Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz,
Tel. 0331 / 2019-705

Fortschreibung des Radwegeverkehrskonzept

Einordnung

begleitende Konsultation | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 461 Verkehrsentwicklung

betreut durch...

Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Beratung, Unterstützung

Anlass

Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit 2008 eine Radverkehrsstrategie. Die darin enthaltenen Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren zum Großteil umgesetzt. Zudem haben sich in den vergangenen 8 Jahren neue verkehrliche Situationen ergeben. Daher soll die Radverkehrsstrategie überarbeitet und auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Um sich auch angesichts begrenzter Ressourcen möglichst eng an den tatsächlichen Bedarfen in der Potsdam zu orientieren, sollte die interessierte Einwohnerschaft mit ihren Erfahrungen und Wünschen möglichst frühzeitig einbezogen werden.

Ziele

Hinweise zu gewünschten Schwerpunktsetzungen im neuen Radverkehrskonzept erhalten und Hinweise auf konkrete Maßnahmen, sowie als besonders gefährlich empfundene Orte erhalten.

Verlauf und Methode

- Beginn der Planung im März 2014, unterstützt von der WerkStadt für Beteiligung.
- Gemeinsame Radtour zu besonderen Problemstellen in der Innenstadt und direkt anschließendem RadCafé im Bildungsforum. Die teilnehmenden konnten dabei mit der WorldCafé-Methode an verschiedenen Tischen zu Schwerpunktthemen vertieft diskutieren. Dabei wurden die Hinweise und Maßnahmenvorschläge gesammelt und aufbereitet.
- Infoparcours zum Radverkehr mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erstwählerkampagne „Dein erstes Mal“. Dabei wurden Hinweise gesammelt zu den Fragen „Wo fühlt ihr euch mit dem Rad unsicher?“ und „Wo fehlt Euch ein Radweg?“
- Die Fachverwaltung erarbeitet derzeit mit Blick auf die gewonnenen Hinweise den Entwurf für die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts. Ob und in welcher Form der fertig erstellte Konzeptentwurf erneut zur Beteiligung gestellt wird, ist derzeit noch offen.

Beteiligte

- Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 461 Verkehrsentwicklung als Initiator
- Planersocietät, Kinder und Jugendbüro sowie die WerkStadt für Beteiligung als Organisatoren der Beteiligung
- Einwohnerinnen und Einwohner sowie Vertreterinnen und Vertreter von Interessenverbänden als Teilnehmende

Ergebnisse

In den verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen wurden knapp 120 Hinweise zu verschiedenen Radverkehrsthemen gesammelt. Nach erster Sichtung können voraussichtlich etwa 50 Hinweise bei der Konzepterstellung in der einen oder anderen Form berücksichtigt werden. Zu beiden Veranstaltungen wurde eine Dokumentation erarbeitet und im Internet veröffentlicht.

Stärken und Schwächen

Die Beteiligung zum Radverkehrskonzept ist ein gelungenes Beispiel für eine begleitende Konsultation. Die Schwerpunktthemen und wichtigen Fragestellungen wurden verständlich aufbereitet, die Hinweise der Teilnehmenden gut nachvollziehbar dokumentiert. Die zusätzliche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit ihrem wortwörtlich eigenen Blickwinkel auf dieses Thema ist vorbildlich. Wir empfehlen zu prüfen, eine abschließende Konsultation des fertiggestellten Entwurfs sinnvoll ist. In jedem Fall sollte nachvollziehbar dargestellt werden, welche Hinweise in welcher Form eingeflossen sind.

weiter informieren

<https://potsdam.de/radverkehr>



April bis Mai 2014

„Dein erstes Mal“ – Kampagne für Erstwählende

Einordnung

Informations- und Mobilisierungskampagne | Top-Down

angestoßen durch...

Stadtjugendring Potsdam e.V. und Landeshauptstadt Potsdam

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Begleitung des Prozesses, Erstellung von Informationsmaterial

Anlass

Bei der Brandenburger Kommunalwahl konnten 2014 erstmals Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben, in Potsdam waren dies etwa 8400 Personen. Mit der Kampagne sollten die Erstwählerinnen und Erstwähler über das Wahlverfahren informiert und für die Teilnahme an der Wahl mobilisiert werden. Schließlich wollte man ihnen die Möglichkeit geben, mit der lokalen Politik zu ihren Anliegen in einen direkten Austausch zu kommen.

Ziele

- Information der Erstwähler zum Wahlverfahren, den zur Wahl stehenden Personen und Parteien sowie Mobilisierung der Erstwähler zur Teilnahme an der Wahl
- Zum Austausch zwischen Politik und dem neuen Wählerklientel anregen
- Wichtige Themen der Jugendlichen sollten erfasst und an die neue Stadtverordnetenversammlung weitergegeben werden

Verlauf und Methode

Die Kampagne bestand aus verschiedenen Elementen:

- Zentral war dabei der Internetauftritt, auf der sich umfangreiche Information zu den Wahlen und den zur Wahl stehenden Personen fanden.
- In einen regelmäßigen Video-Blog, informierte der Leiter des Bereichs Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Potsdams über das Wahlverfahren.
- Mit einem umfangreichen Informationsparcours an acht Potsdamer Schulen wurden Kinder und Jugendliche über die Kommunalwahl informiert.
- In der Quizshow „dein erster wa[h]l“ konnten die Kandidatinnen und Kandidaten aller Fraktionen gegeneinander antreten und standen für Gespräche mit den Jugendlichen zur Verfügung.
- „100 Tage nach Wahl“ wurden die neuen Kommunalpolitikerinnen und Politiker zu den jugendpolitischen Themen befragt

Beteiligte

- Stadtjugendring Potsdam, Kinder- und Jugendbüro, Wildwuchs Streetwork, Kreiswahlleiter Dr. Matthias Förster, medienlabor GmbH und WerkStadt für Beteiligung organisierten die Kampagne
- Erstwählerinnen und Erstwähler als Teilnehmende

Ergebnisse

Mit den verschiedenen Angeboten vor Ort wurden etwa 700 Jugendliche direkt erreicht. Der begleitende Internetauftritt wurde insgesamt etwa 65.000 mal von etwa 7500 Besuchenden (sogenannte „unique visitors“) aufgerufen. Eine umfangreiche Liste mit einer großen Bandbreite an Wünschen der Jugendlichen wurden an die Politik übergeben. Einer der auf diese Weise gesammelten Wünsche („besserer Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen“) wurde in den gleichzeitig laufenden Bürgerhaushalt eingebracht und kam dort unter die Top-20-Vorschläge. Er derzeit in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung behandelt.

Stärken und Schwächen

Mit der Kampagne konnte ein Großteil der Potsdamer Erstwählerinnen und Erstwähler erreicht werden. Dies gelang nicht zuletzt auch aufgrund des hohen Engagements der Mitwirkenden, wie etwa den Wildwuchs Streetworkerinnen und Streetworkern und den professionell gestalteten Internetauftritt und Materialien. Durch die erfolgreiche Einbringung eines Wunsches in den Bürgerhaushalt erhielt die Kampagne eine zusätzliche Sichtbarkeit. Es bleibt aber abzuwarten, inwieweit die Wünsche der Erstwählenden durch die Kommunalpolitik aufgegriffen werden.

weiter informieren

<http://www.dein-erstes-mal-waehlen.de/>



seit Mai 2014

Planungswerkstatt Lustgarten

Einordnung

mehrstufiger Mitwirkungsprozess | Top-Down

angestoßen durch...

Pro Potsdam GmbH

betreut durch...

Kay-Uwe Kärsten und Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Einmalige Beratung

Anlass

Für das Gebiet um den Lustgarten sollen stadtplanerische Ideen entwickelt werden, wie dieses bei künftigen Umgestaltungen in die Umgebung besser eingepasst werden kann.

Ziele

- Erarbeitung eines Planungsentwurfs, in den die Wünsche und Erwartungen der Zivilgesellschaft einfließen
- Schaffung von mehr Akzeptanz für die künftige Umgestaltung

Verlauf und Methode

- Die Planungen für die Beteiligung begannen im Herbst 2013; die WerkStadt wurde im Mai 2014 kurzfristig hinzugezogen.
- Die Beteiligung an der Werkstatt Lustgarten ist im Internet, in einer hierfür aufgestellten Roten Infobox an der Breiten Straße vor dem Lustgartengelände sowie bei insgesamt drei Werkstattgesprächen möglich.
- In der 1. Phase der Beteiligung vom 18. August bis 14. September 2014 konnten Interessierte ihre Wünsche und Hinweise für die planerische Gestaltung des Lustgartens mitteilen. Die beauftragten Planungsbüros waren frei, diese Hinweise für ihre Entwürfe zu nutzen.
- In der 2. Phase der Beteiligung 17. November bis 14. Dezember wurden die ersten Entwürfe der beauftragten Planungsbüros zur öffentlichen Konsultation vorgestellt. Die dort geäußerten Hinweise können von den Planungsbüros in die abschließende Anpassung ihrer Entwürfe aufgenommen werden.
- In der 3. Phase der Beteiligung 20. April 2015 bis 17. Mai 2015 werden die fertigen Entwürfe der Planungsbüros vorgestellt und können öffentlich diskutiert werden.

Beteiligte

- Pro Potsdam GmbH
- Publikplikator GmbH
- Interessierte Öffentlichkeit

Ergebnisse

Die ersten beiden Phasen der Beteiligung sind bereits abgeschlossen, die letzte Phase steht noch bevor. Ob und in welcher Form die Hinweise der Teilnehmenden in die Entwürfe der Planungsbüros einfließen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststellen. In der 1. Beteiligungsphase wurden im Internet etwa 500 Beiträge und Kommentare von Teilnehmenden verfasst. Die Ergebnisse der 2. Phase liegen zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch nicht vor.

Stärken und Schwächen

Eine abschließende Bewertung der Stärken und Schwächen ist noch nicht möglich, da das Verfahren noch läuft. Eine Auswertung wird aber Bestandteil des kommenden Jahresberichts sein.

weiter informieren

<http://www.werkstatt-lustgarten.de/>



seit Juni 2014

Kulturpolitische Leitlinien 2014-2018

Einordnung

begleitende Konsultation | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich 24 Kultur und Museum

betreut durch...

Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Beratung, Unterstützung

Anlass

Im Jahr 2007 erarbeitete der Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam ihre „kulturpolitischen Konzepte 2008-2012“. Dort wurden neben den Leitlinien und dem Grundverständnis von Kulturpolitik auch konkrete Maßnahmen für Kulturförderung festgeschrieben. Im Jahr 2011 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt und es folgte im Jahr 2012 die neue Kulturstrategie des Landes Brandenburgs. In Folge dessen sollen die „kulturpolitischen Konzepte“ in einem moderierten Prozess als „Kulturpolitische Leitlinien“ aktualisiert werden.

Ziele

Entwicklung der Kulturpolitischen Leitlinien in Zusammenarbeit mit den Potsdamer Kreativschaffenden und der interessierten Öffentlichkeit.

Verlauf und Methode

- In einem ersten Schritt wurden die in der Verwaltung zusammengetragenen Vorschläge für die Kulturpolitischen Leitlinien in einem geschlossenen und moderierten Arbeitskreis mit ausgewählten Teilnehmenden der Potsdamer Kreativszene diskutiert.
- Aus den dort gewonnenen Erkenntnissen verfasste die Fachverwaltung einen ersten Entwurf der Kulturpolitischen Leitlinien.
- Der Entwurf konnte im Sommer 2014 von Interessierten über ein Online-Formular auf Potsdam.de kommentiert werden, bei dessen Einrichtung die WerkStadt unterstützte.
- Aufgrund eingeschränkter Haushaltsmittel ist derzeit ungeklärt, wann und in welcher Form der Entwurf der Kulturpolitischen Leitlinien in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung weiter behandelt wird.

Beteiligte

- Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam
- Dr. phil. Patrick S. Föhl und Weitere
- Kreativschaffende und interessierte Stadtgesellschaft als Teilnehmende

Ergebnisse

Über das Online-Formular sind insgesamt 13 Stellungnahmen zum Entwurf der Kulturpolitischen Leitlinien eingegangen, von denen 12 als verwertbar eingestuft wurden. Ergänzend und auf eigene Initiative haben die AG Jugend- und Soziokultur sowie die Kulturlobby ausführlichere Stellungnahmen eingereicht, die nun als Anhang zum Entwurf der Konzepte im politischen Prozess diskutiert werden.

Stärken und Schwächen

Derzeit werden die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zu den kulturpolitischen Konzepten in den Ausschüssen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung behandelt und wurden zuletzt im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zur Kenntnis genommen. Inwieweit die Ergebnisse der Beteiligung und die Stellungnahmen nun Eingang finden in die Fortschreibung der kulturpolitischen Konzepte, bleibt noch abzuwarten. Insgesamt hat die Möglichkeit in einem Beteiligungsverfahren zum Entwurf Stellung zu nehmen, zu weiten Diskussionen in der Stadtgesellschaft zum Thema der zukünftigen Kulturpolitik geführt.



weiter informieren

<https://www.potsdam.de/content/kulturpolitische-leitlinien-der-landeshauptstadt-potsdam>

August 2014

Werkstatt der KulturLobby zu den Kulturpolitischen Leitlinien 2014-2018

Einordnung

begleitende Konsultation | Bottom-Up

angestoßen durch...

KulturLobby und Kreativschaffende

betreut durch...

Thomas Geisler, Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Vorbereitung, Durchführung, Moderation, Dokumentation, Ergebniskontrolle

Anlass

Seit September 2013 arbeitet der Fachbereich Kultur und Museum an der Fortschreibung der Kulturpolitischen Konzepte. Dazu wurde ein Beteiligungsverfahren gestartet, in dessen Rahmen sich freie Kreativschaffende durch eine gemeinsame Stellungnahme einbringen wollten.

Ziele

Erarbeitung einer gemeinsamen Position der Kreativschaffenden

Verlauf und Methode

- Gemeinsam mit den Aktiven der Kulturlobby wurde ein **Workshop** entworfen, bei dem eine konkrete Stellungnahme zum Entwurf der Kulturpolitischen Konzepte entstehen sollte.
- Der Workshop fand am 20. August 2014 statt und wurde durch die WerkStadt moderiert und dokumentiert.
- Methodisch wurde in drei Schritten gearbeitet: **Problemanalyse**, **Visionen entwerfen** und an konkreten **Lösungswegen** arbeiten.
- Im Anschluss wurden **thematische Arbeitsgruppen** gebildet, welche die wesentlichen Positionen zusammenfassten.

Beteiligte

- KulturLobby Potsdam
- Kreativschaffende
- Frau Dr. Seemann (Leiterin Fachbereich Kultur und Museum)

Ergebnisse

An dem Workshop nahmen 15 Personen teil. Aus den Ergebnissen wurde ein Positionspapier erarbeitet, welches durch die Kulturlobby als Stellungnahme zu den Kulturpolitischen Konzepten eingereicht wurde. Diese Stellungnahme wird derzeit als Anhang zur Dokumentation des Beteiligungsprozesses zu den Kulturpolitischen Konzepten durch die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung diskutiert und wurde zuletzt durch den Ausschuss Wissenschaft und Kultur zu Kenntnis genommen.

Stärken und Schwächen

Im Rahmen des Workshops konnte übergreifen und konzentriert an einer Kulturstrategie für Potsdam gearbeitet werden. Positiv hervorzuheben ist, dass der Einladung eine sehr gemischte Zielgruppe gefolgt ist. Es fand eine konstruktive Zusammenarbeit statt, bei der ein fundiertes Positionspapier entstanden ist. Inwieweit die Vorschläge Eingang in die Kulturpolitischen Konzepte finden, bleibt abzuwarten.

weiter informieren

<http://kulturlobby.de/>



seit Juni 2014

KulturLobby

Einordnung

Organizing | Bottom Up

angestoßen durch...

Kreativschaffende der Stadt Potsdam

betreut durch...

Thomas Geisler

Rolle der WerkStadt

Vermittlung von Kontakten und Informationsbereitstellung, organisatorische und strategische Beratung im politischen Diskurs, Hilfestellung bei der Entwicklung der unterschiedlichen Veranstaltungsformate

Anlass

Die Kreativraumknappheit hat die freie Kulturszene in Potsdam näher zusammenrücken lassen. Auslöser war zunächst der Verlust der Räumlichkeiten in der Alten Brauerei. In den folgenden Monaten kontaktierten die freien Kreativschaffenden die Initiative Alte Brauerei mit den unterschiedlichsten Anliegen und Problemen. Nachdem eine Übergangslösung für die Räume in der Alten Brauerei gefunden werden konnte, gründete sich die Kulturlobby als Sprachrohr der freien Kulturszene.

Ziele

Vernetzung und Vertretung der freien Kreativszene und Erschließung neuer Räumlichkeiten für Kreativschaffende

Verlauf und Methode

- **Beteiligung am Bürgerhaushalt (24.7.2014)**
Die Kulturlobby bringt einen Vorschlag in den Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam ein, in dem eine Koordinierungsstelle Kultur angeregt wird. Die Idee wurde in die „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ unter der LVBB-Nr. 12 aufgenommen, erreichte in der anschließenden Abstimmung aber nicht genug Stimmen, um berücksichtigt zu werden.
- **Informationsstand in der Schiffbauergasse „Stadt für eine Nacht 2014“**
(12.7.2014 – 13.7.2014) Die Kulturlobby organisierte mit Unterstützung der Kulturcamper eine Veranstaltung, die den Austausch zwischen freien Kreativschaffenden und Interessierten ermöglichte. Auf der Veranstaltung wurden Themen wie Raum-mangel, Unterstützung der Soziokultur, aber auch die Entwicklung der Stadt und städtebauliche Themen besprochen.

- **Austausch am Kanal (seit dem 17.12.2014)**

Die Kulturlobby wirkt zusammen mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West im Projekt „Austausch am Kanal“ mit. In den Räumlichkeiten werden ganz verschieden genutzt, dazu gehört unter anderem die Vermittlung von Unterstützung für Asylsuchende. Das Projekt befördert die Willkommenskultur in der Innenstadt und den kulturellen Austausch zwischen neuen und alten Potsdamerinnen und Potsdamern. Das Projekt wird vom Verein Soziale-Stadt-Potsdam e.V. sowie der Pro Potsdam unterstützt.

Beteiligte

- Kulturlobby
- Kreativschaffende

Ergebnisse

Die Kulturlobby konnte sich als Ansprechpartnerin für Belange der freien Kulturszene etablieren. In diesem Kontext gelang es, die Belange der Kreativen in den unterschiedlichsten Formen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Kulturlobby hat im vergangenen Jahr ihren inhaltlichen Ansatz erweitert und wirkt als Unterstützerin des kulturellen Austauschs in der Stadt.

Stärken und Schwächen

Die Herausforderung besteht darin, die Belange der freien Kulturszene möglichst wirkungsvoll zu vertreten. Ein wichtiges Thema ist es, den Diskurs um neue Räumlichkeiten für Kreativschaffende zu verstetigen und neue Alternativen auszuloten, die keine Übergangslösung darstellen. Für die Kulturlobby bedeutet dies, eine beständige Struktur aufzubauen, um in der Sache zu vermitteln und als Repräsentantin der freien Kulturszene tätig zu werden.

weiter informieren

<http://kulturlobby.de/>



seit Juni 2014

Innenstadtverkehrskonzept

Einordnung

begleitende Konsultation | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam, Bereich 461 Verkehrsentwicklung

betreut durch...

Nils Jonas, Kay-Uwe Kärsten

Rolle der WerkStadt

Planung, Begleitung, Moderation, Unterstützung

Anlass

Die zuständige Fachverwaltung ist von der Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden ein Innenstadtverkehrskonzept zu erarbeiten. Hierfür wurde bereits von einem externen Büro eine planerische Bestands- und Problemanalyse der Verkehrssituation in der Innenstadt angefertigt. Diese sollte vor der tatsächlichen Erarbeitung eines konkreten Innenstadtverkehrskonzepts um die Sichtweise von Anwohnerinnen und Anwohnern, den weiteren Anliegern und Interessenverbänden ergänzt werden.

Ziele

- Sammlung von innovativen Maßnahmenvorschläge für die verkehrliche Gestaltung der Innenstadt
- einen Eindruck gewinnen, welche grundsätzliche Ausrichtung des Innenstadtverkehrskonzepts überwiegend gewünscht wird
- in frühzeitigen Austausch mit den betroffenen Anwohnenden und Anliegern treten

Verlauf und Methode

- **Beginn der Planung** im Juni 2014
- **Dialogwerkstatt** am 13. Oktober zur Sammlung von Themen und Ideen
- **Themenwerkstatt** am 14. November 2014 zur Entwicklung von Maßnahmen und Visionen für die wichtigsten Themen
- Begleitend zu den Werkstätten bestand die Möglichkeit, Fragen und Hinweise über ein **Online-Formular** auf potsdam.de/verkehr einzubringen
- voraussichtliche im Herbst 2015 wird der dann fertiggestellte Konzeptentwurf der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt (in Planung)

Beteiligte

- Mitarbeitende der Verwaltung der Landeshauptstadt als fachliche Ansprechpartner und Moderationsunterstützung
- VisioninForm als Prozessbetreuende
- interessierte Einwohnerinnen und Einwohner, ansässige Gewerbetreibende, Einrichtungen und Unternehmen sowie Vertreterinnen und Vertreter von einschlägigen Interessenverbänden als Teilnehmende

Ergebnisse

An den beiden Werkstätten nahmen insgesamt etwa 20 Personen teil. Der Prozess ist im Januar 2014 noch nicht abgeschlossen. Die Fachverwaltung erarbeitet derzeit mit Blick auf die gewonnenen Hinweise aus den Werkstätten den Entwurf des Innenstadtverkehrskonzepts. Zu den Ergebnissen der Werkstätten wurde eine umfangreiche Dokumentation veröffentlicht.

Stärken und Schwächen

Insgesamt schätzen wir den Beteiligungsprozess als sehr gelungen ein. Das Verfahren war gut strukturiert, wurde professionell umgesetzt und umfangreich dokumentiert. Die gewonnenen Ergebnisse und Hinweise sind für die Fachverwaltung eine wertvolle Hilfe bei der weiteren Ausarbeitung des Konzepts.

Kritisch ist festzustellen, dass sich unter den Teilnehmenden der beiden Werkstätten und des Online-Formulars ganz überwiegend Vertreter organisierter Interessen befanden. Einzelne interessierte Einwohnerinnen und Einwohner waren hingegen in der Minderzahl. Die ins Auge gefasste Erarbeitung einer gemeinsamen Vision war mit den verfügbaren Mitteln nicht ausreichend zu leisten, so dass vor allem Schwerpunkte und Maßnahmen erarbeitet wurde.

weiter informieren

<https://potsdam.de/IVK>



B-Plan Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“

Einordnung

Konsultation | Bottom-Up & Top-Down (im Einvernehmen durch die Initiative Pro-Brauhausberg und dem Verwaltungsbereich Verbindliche Bauleitplanung)

angestoßen durch...

Fachbereich - verbindliche Bauleitplanung und Initiative ProBrauhausberg

betreut durch...

Kay-Uwe Kärsten, Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Kontakt herstellen zur zuständigen Fachverwaltung, Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen, Moderation, Protokollierung, Erstellung der Dokumentation

Anlass

Bei der Frage darum, wo das neue Schwimmbad für Potsdam errichtet werden soll, gab es bereits 2012 eine groß angelegte Informationskampagne und Beteiligung der Öffentlichkeit. Das Ergebnis war der Beschluss, dass das neue Bad am Standort Brauhausberg gebaut wird. Um den Neubau zu finanzieren, beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass die zwischen dem Schwimmbad und dem ehemaligen Landtagssitz liegenden Flächen für den Wohnungsbau verkauft werden sollen. Die genaue Regelung der künftigen Nutzung der Flächen ist im Bebauungsplan (B-Plan 36-2) dargelegt, der vom 20. Juni bis 20. Juli 2014 öffentlich ausgelegt wurde. Bereits vor der Auslegung bat die BI „Pro-Brauhausberg e.V.“ die WerkStadt für Beteiligung um Unterstützung bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Ebenso hatte die zuständige Fachverwaltung großes Interesse an einer über die gesetzlichen vorgeschriebenen Möglichkeiten hinausgehende Beteiligung der Öffentlichkeit.

Ziele

Die Beteiligung zur Auslegung eines Bebauungsplans ist ein gesetzlich vorgeschriebenes förmliches Beteiligungsverfahren.

Verlauf und Methode

- Das Beteiligungsverfahren gliedert sich in zwei Veranstaltungen. Bei einer Ortsbegehung am 2. Juli 2014 wurde exemplarisch ein Baufeld des Bebauungsplans mit Flatterbändern abgesteckt und mit Luftballons markiert, um die Planungen und deren Dimensionen zu veranschaulichen. Das Baufeld wurde abgegangen und bereits einzelne konkrete Fragen beantwortet. Weitere Fragen wurden durch die WerkStadt gesammelt. Die gesammelten Fragen wurden thematisch sortiert und an die zuständigen Fachverwaltungen weitergegeben.

- Einen zweiten Teil bildete eine Informationsveranstaltung, die am 8. Juli 2014 im Hotel Mercure stattfand und bei der die gesammelten Fragen durch Expertinnen und Experten aus der Verwaltung mithilfe von Präsentationen beantwortet wurden. Beide Veranstaltungen wurden ausführlich protokolliert und in einer Dokumentation zusammengefasst.

Beteiligte

- Initiative Pro-Brauhausberg e.V.
- Bereich 462 Verbindliche Bauleitplanung
- Interessierte Öffentlichkeit

Ergebnisse

Bei der Ortsbegehung nahmen etwa 50 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner, sowie Stadtverordnete, Vertreter der Presse und der Pressesprecher der Landeshauptstadt teil. Insgesamt wurden 31 Fragen gesammelt und an die Verwaltung weitergegeben. Bei der sich anschließenden Informationsveranstaltung nahmen etwa 20 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner teil.

Stärken und Schwächen

Infolge der beiden öffentlichen Veranstaltungen gingen überdurchschnittlich viele Stellungnahmen zum Bebauungsplan bei der zuständigen Fachverwaltung ein. Die Auswertung dieser Eingaben dauert zum jetzigen Zeitpunkt noch an und es bleibt daher abzuwarten, wie diese geprüft und ausgewertet werden und welche Stellungnahmen Eingang finden in Änderungen des Bebauungsplans. Die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan am Brauhausberg ging weit über die gesetzlich vorgeschriebenen Vorgaben hinaus, was als sehr positiv zu bewerten ist. Infolge dessen wurden viele lebendige Diskussionen um die zukünftige Gestaltung des Areals geführt.

weiter informieren

<https://potsdam.de/B-Plan>



seit August 2014

„Mietergemeinschaft Musikerviertel“

Einordnung

Organizing | Bottom-Up

angestoßen durch...

Mieterinnen und Mieter der Mietergemeinschaft Musikerviertel

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Vermittlung von Kontakten und Informationsbereitstellung, Befähigung der Gemeinschaft zur effektiveren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, organisatorische und strategische Beratung, Kommunikationstraining, Unterstützung bei der Planung der Informationsveranstaltung.

Anlass

Die Pro Potsdam GmbH hat den Entschluss gefasst, sechs Wohnhäuser in denen 35 Personen leben im Musikerviertel Am Stern zu veräußern. Die Gemeinschaft der Mieterinnen und Mieter hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Pro Potsdam GmbH direkt über den Kauf zu verhandeln, um ihr nachhaltiges Nutzungskonzept umzusetzen

Ziele

- Klarheit über die Ziele und nächsten Schritte der Pro Potsdam
- Verhinderung des Verkaufs an Investierende, Erwerb durch die Gemeinschaft der Mieterinnen, Mieter und Unterstützende sowie gemeinschaftliche Nutzung und Sanierung der Häuser

Verlauf und Methode

- Die Mietergemeinschaft wendete sich am 07.08.2014 aufgrund von Gerüchten über einen bevorstehenden Verkauf für eine **Beratung** an die WerkStadt für Beteiligung.
- In einem **Brief** bat die Mietergemeinschaft um eine Informationsveranstaltung, in der die Fragen zum Verkauf beantwortet werden sollten. Die Pro Potsdam reagierte auf die Anfrage und organisierte ein Treffen. Es wurde bestätigt, dass ein Verkauf der sechs Häuser geplant ist und die Ausschreibungen bevorsteht.
- Die Mietergemeinschaft entschloss sich gegen die Ausschreibung zu protestieren. Sie nutzte die Gelegenheit in der **Stadtverordnetenversammlung** und allen Fraktionen ihr Anliegen vorzutragen.
- Die Bewohnenden organisierten kleinere **Veranstaltungen** und veröffentlichten mehrere **Pressemitteilungen**.

- Im September kamen die Pro Potsdam und die Mietergemeinschaft zum ersten Mal zu einem **gemeinsamen Gespräch** zusammen. In dem Gespräch wurde der Verkauf an die Mietergemeinschaft in Aussicht gestellt und die Ausschreibung durch die POLO Beteiligungsgesellschaft mbH eingestellt.
- Die Gemeinschaft befindet sich zur Zeit auf der Suche nach geeigneten Organisationsformen und Finanzierungsmöglichkeiten. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Sachverhalt zur **Wiedervorlage für den März 2015** beschlossen.
- Im Ende Februar plant die Gemeinschaft eine öffentliche **Informationsveranstaltung** für Unterstützende, Interessierte, Politik und Presse, sowie für die Pro Potsdam.

Beteiligte

- Gemeinschaft der Mieterinnen und Mieter im Musikerviertel
- Pro Potsdam GmbH

Ergebnisse

Der Beteiligungsprozess ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen, aber es konnte ein aktiver Verhandlungsprozess eingeleitet werden.

Stärken und Schwächen

Eine zukünftige Herausforderung wird es sein, den konstruktiven Dialog zwischen der Initiative und der Pro Potsdam beizubehalten und gemeinsam eine Lösung zu finden.

weiter informieren

<https://musikerviertel.wordpress.com>



Strategiekonferenz zur Flüchtlingsunterbringung

Einordnung

Hier handelt es sich nicht um ein klassisches Beteiligungsverfahren sondern um Vernetzungsarbeit innerhalb der Verwaltungsstrukturen

angestoßen durch...

Frau Müller-Preinesberger (Beigeordnete Soziales, Jugend, Ordnung und Gesundheit), Fachbereich 38 – Soziales und Gesundheit

betreut durch...

Nils Jonas, Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Vorbereitung, Durchführung, Moderation und Dokumentation

Anlass

Wie dem Flüchtlingsbericht der Organisation Pro Asyl zu entnehmen ist, gibt es aktuell etwa 35 bewaffnete Konflikte und Kriege weltweit. Das führt dazu, dass sich etwa 45 Millionen Menschen auf der Flucht befinden. Auch in Deutschland beantragen daher viele Menschen Asyl – im Jahr 2014 etwa 202.000. Die Kommunen haben die Aufgabe, die Asylsuchenden willkommen zu heißen, menschenwürdig unterzubringen und in das soziale Leben zu integrieren, während deren Anträge geprüft werden. Für das Jahr 2015 müssen in Potsdam voraussichtlich 450 Menschen untergebracht werden, wobei zum damaligen Stand nach 360 Unterbringungsplätze fehlten.

Ziele

- Problembewusstsein bei den zuständigen Fachverwaltungen erzeugen
- gemeinsame Strategie zur Bewältigung der Aufgaben entwickeln

Verlauf und Methode

Die Konferenz wurde bei zwei Arbeitstreffen vorbereitet. Eröffnet wurde die Sitzung mit zwei Input-Referaten, die die aktuelle Situation umrissen. Anschließend wurde in zwei Arbeitsgruppen (Bereitstellung von Wohnraum und soziale Aspekte) über mögliche Strategien der effektiven Zusammenarbeit gesprochen und weiterführende Ideen entwickelt.

Beteiligte

Mitarbeitende aus den zuständigen Fachverwaltungen aus den Geschäftsbereichen 3, 4 (Stadtentwicklung und Bauen) und 9 (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt und die Potsdamer Sicherheitskonferenz), Stadtverordnete

Ergebnisse

Ergebnis der Konferenz war das Vorhaben, innerhalb der Verwaltung 4 Arbeitsgruppen einzurichten: Unterbringung, Bereitstellung von Wohnraum, soziale Aspekte der Unterbringung, Kita und Schule. Dort sollen die Zuständigen regelmäßig an Lösungen zu konkreten Themenfeldern arbeiten. Eine im GB 3 angesiedelte Stelle soll die Arbeit dieser Gruppen verknüpfen und koordinieren. Der Gesamtprozess soll genutzt werden um das bestehende Integrationskonzept auf Aktualität zu prüfen und ggf. anzupassen. Auch sollen die zum Thema arbeitenden zivilgesellschaftlichen Träger und Initiativen untereinander vernetzt und unterstützt werden.

Stärken und Schwächen

Die Landeshauptstadt Potsdam steht wie viele andere Kommunen auch vor der Herausforderung, die Unterbringung und Integration von Asylsuchenden zu meistern. Mit der Konferenz wurde ein guter und wichtiger Schritt zu Bewältigung dieser Aufgabe getan. In Folge der Konferenz wurde eine Stelle geschaffen, die diese Arbeit leisten soll. Insgesamt herrscht bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine sehr wohlwollende Haltung und Willkommenskultur gegenüber den Asylsuchenden, was sehr positiv hervor zu heben ist. Ebenso wird eine bei einem freien Träger angesiedelte Stelle geschaffen, die die Arbeit für eine Willkommenskultur koordinieren soll. Dies stellt ein einzigartiges und innovatives Modell dar.

weiter informieren

Jörg Bindheim

Koordinator für Flüchtlingsfragen der Landeshauptstadt Potsdam

Tell. 0331 289-2063

seit September 2014

Wohnungspolitisches Konzept

Einordnung

Begleitende Konsultation zur Konzepterstellung | Top-Down

angestoßen durch...

Landeshauptstadt Potsdam,

- Bereich 464 Stadtentwicklung
- Bereich 383 Wohnen

betreut durch...

Nils Jonas

Rolle der WerkStadt

Begleitung, Unterstützung

Anlass

Die aktuellen Grundlagen der Wohnungspolitik der Landeshauptstadt Potsdam sind über mehrere Konzepte verstreut und teils nicht mehr aktuell. Die Stadtverordnetenversammlung hat daher die Verwaltung beauftragt, ein Wohnungspolitisches Konzept zu erarbeiten.

Ziele

- Erarbeitung eines Wohnungspolitischen Konzepts
- frühzeitige Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit zur Gewinnung von Hinweisen zur Ausrichtung und den Maßnahmen

Verlauf und Methode

- **Beginn der Planung** für die Beteiligung im Juli 2014
- In einem **Informationstreffen** am 27. August 2014 werden einer Reihe von zum Thema Wohnen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen die Erarbeitungsschritte zum Wohnungspolitischen Konzept vorgestellt; zugleich wählen die Anwesenden aus ihrem Kreis drei Vertreterinnen und Vertreter für den geplanten Begleitkreis.
- Am 3. September 2014 tagt erstmals der **Begleitkreis** zum Wohnungspolitischen Konzept, dem Vertreterinnen und Vertreter der Politik, von Wohnungsunternehmen und Mietervertretungen angehören. Dieser trifft sich etwa alle zwei Monate, insgesamt sind bis zum Sommer 2015 sechs Sitzungen geplant.
- Auf einer **Auftaktveranstaltung** am 16. September 2014 im Bildungsforum werden der Zeitplan und die wesentlichen Aufgaben bei der Erarbeitung eines Wohnungspolitischen Konzepts der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.
- Auf insgesamt drei **Fachwerkstätten** werden einzelne Fragen zum Wohnungspolitischen Konzept vertieft behandelt und diskutiert (in Planung für Februar bis April 2014).
- Auf einer **Abschlussveranstaltung** werden die wesentlichen Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und Kritik und Anregungen gesammelt (in Planung für den Sommer 2014).

Beteiligte

- Wohnungspolitische Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen
- Private und kommunale Wohnungsunternehmen
- Vertreterinnen und Vertreter des Mieterbundes sowie weitere mit Wohnungsfragen beschäftigter Initiativen
- interessierte Einwohnerinnen und Einwohner

Ergebnisse

Die Beteiligung zum Wohnungspolitischen Konzept läuft zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung noch, daher liegen noch keine Ergebnisse vor.

Stärken und Schwächen

Die Beteiligung zum Wohnungspolitischen Konzept läuft zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung noch, daher liegen noch keine Ergebnisse vor.

weiter informieren

<https://potsdam.de/konzept-wohnungspolitik>



seit Oktober 2014

Nördlich In Der Feldmark – Freiraumkonzept Golm

Einordnung

Mitwirkung | Top-Down

angestoßen durch...

Fachverwaltung Bereich Stadtplanung & Stadterneuerung und Verkehr & Grünflächen

betreut durch...

Katharina Tietz

Rolle der WerkStadt

Die WerkStadt für Beteiligung nahm beobachtend an beiden Veranstaltungen teil.

Anlass

Auf dem freien Feld in der Feldmark in Golm wird ein neues Wohngebiet entstehen. Wie genau diese Fläche genutzt werden soll, ist im Bebauungsplan 129 „Nördlich in der Feldmark“ dargestellt.

Ziele

Ziel der Ideenwerkstätten ist es, Ideen zu entwickeln, wie die Freiflächen gestaltet und genutzt werden können. Auch sollten konkrete Projektideen entwickelt werden, um das neu entstehende Wohngebiet ansprechend zu gestalten und attraktiv aufzuwerten.

Verlauf und Methode

Die Beteiligung zum Freiraumkonzept gliedert sich in drei öffentliche Ideenwerkstätten, von denen zum heutigen Stand bereits zwei stattgefunden haben. Beide Werkstätten wurden professionell moderiert und waren methodisch gut durchdacht.

- Die **erste Werkstatt** wurde eröffnet durch einen Input zum Thema und verständlichen Erklärungen zum Bebauungsplan. An Thementischen konnte dann in kleinen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenvorschlägen an konkreten Ideen gearbeitet werden. Auch für weitere Themen gab es Raum. Parallel dazu fand ein durch das Kinder- und Jugendbüro veranstalteter Workshop auch eine Beteiligung von Kindern zur Freiflächengestaltung statt.
- Vor der **zweiten Ideenwerkstatt** wurden alle Ideen und Vorschläge durch die Verwaltung in Bezug auf die Umsetzbarkeit geprüft und aufgearbeitet. Diese Auswertung bildete die Grundlage für die zweite Ideenwerkstatt. Im Anschluss an diese Darstellung wurden die Vorschläge und Ideen gewichtet und einige tiefergehend diskutiert.

Beteiligte

- beauftragtes Architekturbüro „bgmr“ Landschaftsarchitekten
- agro-Team (Moderation)
- Kinder- und Jugendbüro Potsdam
- Ortsbeirat Golm
- Interessierte Stadtöffentlichkeit

Ergebnisse

An der ersten Ideenwerkstatt nahmen in etwa 25 Personen teil. Es wurde eine Vielzahl unterschiedlichster Ideen für die Gestaltung und Projekte entwickelt. Diese reichten von der Errichtung von Eidechsenbiotopen bis hin zur Gestaltung von Bewegungsflächen und konkreten Naturbildungsprojekten. An der zweiten Ideenwerkstatt waren etwa 40 Personen beteiligt. Im Rahmen der Kinderbeteiligung wurden mit etwa 20 Kinder eine ganze Palette an Ideen entwickelt, die von Abenteuerspielplätzen über Maislabyrinth bis hin zu frei verfügbarem WLAN in Golm reichen.

Stärken und Schwächen

Eine so umfangreiche Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an der Gestaltung eines zukünftigen Wohngebiets birgt große Potenziale. Sehr ambitioniert wurde hier eine Veranstaltungsreihe geplant, die bis heute auch eine Vielzahl von Ergebnissen hervorbrachte. Der Erfolg der Beteiligung wird sich an der Umsetzung der teilweise sehr konkreten Ideen- und Projektvorschlägen messen lassen müssen. Die zuständige Fachverwaltung hat zur zweiten Ideenwerkstatt alle Vorschläge auf deren Machbarkeit geprüft und gut verständlich dargestellt. Diese Transparenz in Bezug auf den Rahmen, in dem die Vorschläge überhaupt umgesetzt werden können, ist äußerst lobend hervorzuheben.

weiter informieren

<https://potsdam.de/freiraum-golm>



seit Oktober 2014

„Mieterinitiative Sellostraße“

Einordnung

Organizing | Bottom-Up

angestoßen durch...

Mieterinnen und Mieter

betreut durch...

Thomas Geisler

Rolle der WerkStadt

Vermittlung von Kontakten und Informationsbereitstellung, Befähigung der Initiative zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisatorische und strategische Beratung, Hilfestellung bei der Konzeptionierung, Kommunikationstraining

Anlass

Die Pro Potsdam hatte der POLO Beteiligungsgesellschaft mbH den Auftrag gegeben, das Haus in der Sellostraße 25 zu veräußern. Die Bewohnenden und Unterstützenden wollten das Haus selbst kaufen und gemeinschaftlich nutzen. Hierzu legten sie ein soziales Nutzungskonzept vor und gaben ein Angebot im Ausschreibungsverfahren ab, welches abgelehnt wurde. Anschließend nahm die Initiative Kontakt zur WerkStadt für Beteiligung auf.

Ziele

Die Initiative will das Objekt Sellostraße 25 direkt von der Pro Potsdam GmbH erwerben und ein eigenes nachhaltig-soziales Nutzungskonzept umzusetzen.

Verlauf und Methode

- Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens gab die Initiative ein eigenes Gebot ab und entwickelte ein alternatives Nutzungskonzept. Das Konzept erläuterte ausführlich das Vorhaben der Initiative: 1. Erhalt der bestehenden sozialen Struktur (Milieuschutz), 2. Kulturelle Bereicherung des Stadtteils und 3. Nachhaltige ökologische Sanierungsmaßnahmen. Das Angebot der Initiative wurde von der Pro Potsdam abgelehnt. Auf Nachfrage wurde der Initiative mitgeteilt, dass das Nutzungskonzept bei der Vergabe nicht berücksichtigt wurde.
- Im ersten Schritt führte die WerkStadt eine organisatorische und strategische Beratung mit der Initiative durch. Sie vermittelte Kontakte zur lokalen Presse, den Fraktionen und beriet die Initiative auf ihrem Treffen zum weiteren strukturierten Vorgehen gegenüber der Pro Potsdam.

- Darauf folgend wurde zu den politischen Fraktionen Kontakt aufgenommen und über Pressemitteilungen für das Anliegen geworben. Im Bauausschuss stellte die Initiative die ökologischen, nachhaltigen und sozialen Einzelaspekte des Gesamtkonzepts vor. Dabei wurde die Kritik geäußert, dass die Initiative bei der Vergabeentscheidung keine Gelegenheit hatte, ihr Konzept vorzustellen. Dabei wurde auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (DS 13/SVV/0495) verwiesen, der das Konzept „Kein Verkauf ohne Bedingungen“ enthält.
- Parallel zu diesem Prozess signalisierte die Initiative der Pro Potsdam, dass sie ihr Kaufangebot aufrecht erhält und bat um eine kritische Prüfung des Vorgangs und um die Berücksichtigung des Konzepts.
- Im Oktober fanden weitere konstruktive Gespräche zwischen der Initiative und der Pro Potsdam statt. Im November zeichnete sich eine Einigung zwischen beiden ab, die zu der Aufnahme konkreter Kaufverhandlungen führte

Beteiligte

- Mieterinnen und Mieter
- Unterstützerinnen und Unterstützer
- Pro Potsdam GmbH und Polo Immobilien Vertrieb

Ergebnisse

Die Initiative Sellostraße 25 konnte den Verkauf der Immobilie abwenden und gemeinsam mit der Pro Potsdam GmbH einen Kompromiss erarbeiten. Ende Januar 2015 wurde eine GbR gegründet und das selbst Objekt erworben. In den folgenden Monaten werden Sanierungsmaßnahmen geprüft und die Umsetzung des Konzeptes vorbereitet.

Stärken und Schwächen

Dieses informelle Beteiligungsverfahren hat klar gezeigt, dass der Erfolg maßgeblich vom konstruktiven Zusammenwirken der agierenden Parteien abhängt. Der guten Zusammenarbeit zwischen Initiative und Pro Potsdam ist es geschuldet, dass eine Einigung möglich war und eine Lösung gefunden werden konnte.

Kontakt und Team

Sie erreichen die WerkStadt für Beteiligung unter:

WerkStadt für Beteiligung
www.buergerbeteiligung.potsdam.de

Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Nils Jonas
nils.jonas@rathaus.potsdam.de
Tel. 0331 289-1055

Sebastian Karnstaedt
sebastian.karnstaedt@rathaus.potsdam.de
Tel. 0331 289-1056

mitMachen e.V.

bfb@mitmachen-potsdam.de
Geschwister-Scholl-Str. 51, 14471 Potsdam

Kay-Uwe Kärsten
kay@mitmachen-potsdam.de
Tel. 0176 666 50 849

Katharina Tietz
kathi@mitmachen-potsdam.de
Tel. 0176 80 59 55 09

Thomas Geisler
thomas@mitmachen-potsdam.de
Tel. 0176 80 59 57 77

Eva Bender (Praktikantin)



